



Am 3. März 2022 demonstrierten in Kiel über 1000 Menschen gegen den Krieg in der Ukraine.

## Schwerpunkt „Landespolitik“

Paritätische Perspektiven Seite 4

Suchthilfe in SH Seite 10

Rechte Angriffe gegen soziales Engagement Seite 28



## Auszeichnung

Wir freuen uns über die Auszeichnung beim International Creative Media Award: Aus 406 Arbeiten aus 21 Ländern wurde das Magazin sozial – die Mitgliederzeitschrift des PARITÄTISCHEN Schleswig-Holstein in der Kategorie „Magazine, Typographie/Layout“ ausgewählt und mit Bronze ausgezeichnet!  
Danke an alle Beteiligten für die gute Zusammenarbeit!



## Bildverzeichnis

Titelfoto: © Tim Kirchhof  
Seite 3: © Neumünster Medien e.V.  
Seite 13: © ASB Landesverband Schleswig-Holstein e.V.  
Seite 23: © ZEBRA e.V.  
Seite 26: © KIBIS Flensburg  
Seite 31: © Timo Wilke / Studentenwerk SH  
Alle weiteren Fotos & Abbildungen: © PARITÄTISCHER SH

Kein Exemplar mehr bekommen?  
Ein Download der sozial als PDF ist möglich unter:  
<https://paritaet-sh.org/aktuelles/publikationen>



Klimaneutrales Druckprodukt: Kompensation von Treibhausgasemissionen durch zusätzliche Klimaschutzprojekte.  
Der PARITÄTISCHE SH unterstützt mit ClimatePartner Auf- forstung und Umbau deutscher Wälder.

## Impressum

**Herausgeber**  
Der PARITÄTISCHE Schleswig-Holstein e.V.  
Geschäftsführender Vorstand: Michael Saitner  
Zum Brook 4  
24143 Kiel  
<https://paritaet-sh.org>

**Redaktion & Lektorat**  
Julia Bousboa, bousboa@paritaet-sh.org  
**Konzept & Gestaltung**  
Bucharchitektur \ Kathrin Schmuck, Kiel  
Mitarbeit: Paul Eichholtz

**Korrektorat**  
Miriam Seifert-Waibel, Hamburg

**Lithografie**  
Falk Messerschmidt, Leipzig

**Druck**  
Schmidt & Klaunig GmbH, Kiel

**Papier**  
Circle Volume White, 240 g/qm & 115 g/qm  
FSC®-zertifiziert

ISSN 2700-0168  
© Der PARITÄTISCHE Schleswig-Holstein e.V., 4/2022

# Editorial

Liebe Leser\*innen,  
seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs am 24. Februar stockt uns allen der Atem ob der schrecklichen Bilder und beunruhigenden Nachrichten, die uns fast stündlich von dort erreichen. Der Krieg ist nicht nur geografisch nah, sondern hat auch unmittelbare Auswirkungen auf unser Leben hier in Deutschland – und damit sind nicht ausschließlich die gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten gemeint, die viele Menschen in unserer Gesellschaft in die Existenzangst treiben.

Bundeskanzler Olaf Scholz sprach in seiner Regierungserklärung im Februar von einer „Zeitenwende“ und kündigte gravierende Veränderungen für die deutsche Verteidigungs- und Energiepolitik an. Der Etat für die Bundeswehr wird durch ein Sondervermögen massiv aufgestockt, rasch sollen zwei neue Terminals für Flüssiggas errichtet werden und im März reiste Wirtschaftsminister Robert Habeck nach Katar, um die Türen für neue Energiegeschäfte zu öffnen – ob dies neben einer Unabhängigkeit von russischem Gas zu neuen Problemen führen wird, bleibt abzuwarten.

Was bei dieser Zeitenwende – man möchte schon zynisch sagen: wie gewohnt – fehlt, ist der Blick auf das Soziale. Zwar erleben wir in diesem Jahr erneut eine beispiellose Willkommenskultur und Hilfsbereitschaft innerhalb der deutschen Bevölkerung gegenüber den Ukrainer\*innen, doch wir werden den Migrations- und Fluchtbewegungen auf dieser Welt nicht allein mit freiwilligem Engagement, Turnhallen und gespendeter Kleidung begegnen können.

Laut UNHCR befinden sich derzeit 82,4 Millionen Menschen auf der Flucht, verantwortlich dafür sind der Klimawandel und Kriege. In Schleswig-Holstein wurden in den letzten zwei Jahren 8.113 Geflüchtete aufgenommen; es ist davon auszugehen, dass in den kommenden Monaten mehrere Tausend Menschen aus der Ukraine hinzukommen werden.

Das ist für uns alle, für Land, Kommunen und Wohlfahrt, eine große Herausforderung, der wir nur in gemeinsamer Verantwortung begegnen können. Alle Bereiche der Daseinsvorsorge und Sozialen Arbeit sind hier gefragt, neben den Migrationsfachdiensten insbesondere Kitas und die Kinder- und Jugendhilfe. Denn – und das wird in der öffentlichen Wahrnehmung leider oft vergessen – ein improvisierter Schlafplatz und regelmäßige Mahlzeiten reichen bei Weitem nicht aus.

Zu uns kommen Familien, die Kita- und Schulplätze benötigen, psychosoziale Beratung, Sprachkurse, gesundheitliche Versorgung, bedarfsgerechten Wohnraum – all das, was man für ein menschenwürdiges Dasein braucht. Dies gilt auch für die vielen geflüchteten Menschen, die bereits seit 2015 in Schleswig-Holstein leben. Manche von ihnen konnten die Gemeinschaftsunterkünfte noch immer nicht verlassen, bei vielen stockt pandemiebedingt die Integration in den Arbeitsmarkt. Gleichzeitig harren in Belarus, in Griechenland und Kroatien Tausende Geflüchtete aus, täglich sterben weiterhin Menschen im Mittelmeer – ihr Schicksal wird gerade durch die Coronapandemie und den Ukrainekrieg aus der medialen Berichterstattung verdrängt.

Die große Herausforderung: Die Geflüchteten treffen auf ein überlastetes System, auf Fachkräftemangel in allen Bereichen der Sozialen Arbeit, auf knappen Wohnraum, auf Migrationsfachdienste, die alles allein über Projektfinanzierungen stemmen müssen. Es ist offensichtlich: Auch hier ist eine Zeitenwende dringend notwendig!

Deshalb zum Abschluss eine Bitte: Lassen Sie uns unsere Kräfte bündeln und in Schleswig-Holstein eine Zeitenwende einführen, die nicht nur Energie und Verteidigung in den Blick nimmt, sondern auch das Soziale nicht aus den Augen verliert. Und für eine Willkommenskultur, die ihren Namen verdient, die nicht in gute und schlechte Geflüchtete unterscheidet und die immer die Würde des Menschen ins Zentrum stellt – nur so kann Integration gelingen.



**Michael Saitner**  
Geschäftsführender Vorstand  
0431 56 02 – 10  
[vorstand@paritaet-sh.org](mailto:vorstand@paritaet-sh.org)

# Inhaltsverzeichnis

- 1 Editorial
  
- 3 **Schwerpunkt: Landespolitik**
  
- 13 **Gesellschaft**
  - 14 Teilhabe & Pflege
  - 18 Kinder & Jugendliche
  - 20 Migration & Flucht
  - 22 Frauen & LSBTIQ\*
  
- 23 **Engagement**
  - 24 Freiwilligendienste
  - 26 EUTB & KIBIS
  - 27 Zivilgesellschaftliches Engagement
  - 30 Förderung
  
- 31 **Soziale Arbeit**
  - 32 Digitalisierung
  - 34 Qualität & Fortbildung
  
- 36 Neuigkeiten aus dem Verband

# Schwerpunkt: Landespolitik

Neumünster Medien e.V. produziert Kurzfilme über aktuelle politische Themen für Neuzugewanderte in zehn Sprachen, aktuell auch auf Ukrainisch.



# „Schlechte Arbeitsbedingungen und Qualität passen nicht zusammen!“

Julia Bousboa sprach mit Prof. Dr. Melanie Groß, Vorsitzende des Verbandsrates, und Michael Saitner, geschäftsführender Vorstand des PARITÄTISCHEN SH, über die Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Soziale Arbeit in den kommenden Jahren.



**JB | Frau Groß, im November wurden Sie zur Verbandsratsvorsitzenden gewählt. Zwei Jahre Pandemie liegen momentan hinter uns und der Verband hat zahlreiche Aufgaben zu bewältigen – was steht auf der Agenda des PARITÄTISCHEN SH?**

**MG |** Momentan erleben wir eine unglaubliche Beschleunigung von verschiedenen Phänomenen wie dem Auseinanderdriften der Gesellschaft und der Zunahme sozialer Ungerechtigkeit. Als Verband nehmen wir diese Probleme wahr und versuchen, ihnen zu begegnen, indem wir auf sozialpolitische Weichenstellungen Einfluss nehmen, um anwaltschaftlich an der Seite unserer Nutzer\*innen zu stehen. Gleichzeitig arbeiten wir weiterhin dafür, Professionalität und Qualität in der Sozialen Arbeit sicherzustellen. Dabei haben wir es mit einer immer komplexer werdenden Situation zu tun, sowohl im operativen Geschäft als auch in den Bedarfen der Nutzer\*innen und der Struktur der Sozialen Arbeit insgesamt.

**MS |** Operativ blicken wir auf eine immer stärkere Regulierung diverser Leistungsbereiche, insbesondere im SGB VIII und SGB IX. Komplexer werdende rechtliche Vorgaben hindern unsere Mitgliedsorganisationen massiv daran, ihrer eigentlichen Aufgabe nachzukommen, nämlich eine vernünftige und an den Nutzer\*innen orientierte Soziale Arbeit zu leisten. Wir erle-

ben bereits heute, dass insbesondere kleinere Einrichtungen im ländlichen Raum ihre Tätigkeiten nicht mehr umfassend ausüben können oder Angebote gänzlich einstellen müssen; es wird keine Nachfolge gefunden, weil die Rahmenbedingungen so herausfordernd sind. Dies zu verhindern und für eine Verbesserung der Situation zu kämpfen, wird in den kommenden Jahren unsere Hauptaufgabe als Spitzenverband sein.

**JB | Der Verband hat im Dezember erstmalig ein Impulspapier mit dem Titel „Gemeinsam weitergehen – Paritätische Perspektiven für Schleswig-Holstein“ veröffentlicht. Es zeigt die große Bandbreite, in der sich der Verband und seine über 500 Mitgliedsorganisationen bewegen: Von Armut über Migration und Pflege bis hin zu Kita und Wohnen werden für insgesamt 22 Felder der Sozialen Arbeit Perspektiven entwickelt. Wie sind diese entstanden?**

**MS |** Unsere Fachreferent\*innen stehen seit jeher in einem sehr engen Austausch mit unseren Mitgliedern, sei es durch die Gespräche in der Fachberatung, Arbeitskreise oder gemeinsame Projekte wie im Migrationsbereich. Trotz der enormen Heterogenität des Verbandes – von der eingruppierten, ehrenamtlich getragenen Kita bis hin zum großen Komplexträger – konnten wir daraus die Herausforderungen, Probleme und Bedarfe in „Gemeinsam weitergehen“ sozusagen destillieren. Denn bei all der Vielfalt einen uns alle dieselben paritätischen Werte sowie der Wunsch, bestmögliche Soziale Arbeit für die Nutzer\*innen zu erbringen.

**MG |** Dabei ist uns wichtig, in Zukunft unsere Partizipationsformate weiterzuentwickeln und langfristig zu etablieren. Das hat bei der gemeinsamen Arbeit an „Gemeinsam weitergehen“ schon sehr gut funktioniert, sollte aber stetig weiterentwickelt werden. Die aktuellen Zeiten fordern zudem schnellere Austauschformate und sehr agile Kommunikationsformen. Die Zeiten, in denen man sich für ein gemeinsam abgestimmtes Papier fünf Wochen Zeit lassen konnte, sind vorbei – eine immer schnellere Kommunikation in öffentlichen Diskursen erfordert schnelle Reaktionen.

**JB | So heterogen der Verband ist und so unterschiedlich die Felder der Sozialen Arbeit sind – beim Lesen fällt eine Problemlage sofort ins Auge: der Fachkräftemangel. Was erfahren Sie diesbezüglich aus Ihrer Mitgliedschaft?**

**MS |** In der Pandemie stand und steht der Fachkräftemangel in Pflege und Kita im öffentlichen Fokus, Fakt ist jedoch, dass es mittlerweile in ausnahmslos allen Bereichen der Sozialen Arbeit Schwierigkeiten bereitet, Stellen zu besetzen und Bedarfe abzudecken – und das aus den vielfältigsten Gründen: Insbesondere in ländlichen Räumen ist es schwer, qualifiziertes Personal zu finden; in vielen Organisationen steht gerade ein Generationenwechsel ins Haus, mit dem viel Fachwissen verloren geht; der psychiatrische Bereich und die Suchtkrankenhilfe haben Probleme, Ärzt\*innen und Psycholog\*innen zu finden. Hier muss dringend gegengesteuert werden, um dem Bedarf an Sozialer Arbeit, der ja durch die pandemischen Bedingungen eher zu- als abnehmen wird, begegnen zu können. Dabei hilft eine rein sektorale Betrachtung nicht mehr aus – was es braucht, ist eine umfassende Fachkräftestrategie, die diesen Namen auch verdient.

☐ Komplexer werdende rechtliche Vorgaben hindern unsere Mitgliedsorganisationen massiv daran, ihrer eigentlichen Aufgabe nachzukommen.

**MG |** Man kann auch nicht oft genug betonen, dass wir es hier auch mit einem hochschul- und bildungspolitischen Problem zu tun haben: Die Vernetzung zwischen Sozialwirtschaft und Hochschule funktioniert nicht so, wie sie eigentlich müsste. Wir haben an den Hochschulen das Problem, dass wir einen enorm hohen NC von meist 1, x in den Studiengängen der Sozialen Arbeit haben, weil wir deutlich mehr Bewerbungen erhalten, als wir Plätze bieten können. Auf einen Studienplatz gibt es derzeit etwa fünf Bewerbungen. Die jungen Leute überbrücken die

Wartezeiten auf das Hochschulstudium dann immer häufiger durch den Besuch von Fachschulen, blockieren dort die Plätze und stehen dem Arbeitsmarkt danach als Erzieher\*in auch gar nicht zur Verfügung, weil sie direkt im Anschluss an ihre Ausbildung an die Hochschulen gehen, um dann Soziale Arbeit zu studieren. Es gibt im Studiengang Soziale Arbeit immer weniger Studienanfänger\*innen, die direkt von der Schule kommen – für das Studium kann das durchaus ein Vorteil sein, schlussendlich verlängert es aber die Ausbildungszeiten enorm und ist hinsichtlich der Frage des Fachkräftemangels geradezu kontraproduktiv. Die Hochschulen müssten ihre Kapazitäten deutlich erhöhen. Für den Arbeitsmarkt ist der aktuelle Zustand fatal.

☐ Was es braucht, ist eine umfassende Fachkräftestrategie, die diesen Namen auch verdient.

**MS |** Und die, die dann tatsächlich in dem Beruf arbeiten, stoßen auf sehr unattraktive Rahmenbedingungen: niedrige Gehälter, wenig Aufstiegschancen, hohe Arbeitsbelastung. Ein\*e Erzieher\*in zum Beispiel verweilt im Durchschnitt nur drei Jahre in diesem Beruf. Daran muss sich dringend etwas ändern.

**MG |** Es sind einfach zu wenig Ressourcen und zu wenig Personal im System, was zu einer überhöhten Belastung der Arbeitnehmer\*innen führt. Das wiederum führt zu schlechter Qualität für die Klient\*innen. Schlechte Arbeitsbedingungen und gute Qualität passen einfach nicht zusammen.

**JB | Was erwarten Sie von der nächsten Landesregierung, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken?**

**MS |** Allgemein gesprochen müssen die Berufsfelder innerhalb der Sozialen Arbeit endlich die Wertschätzung und die Rahmenbedingungen erfahren, die sie verdienen. Das bedeutet auch, dass sich die Politik einmal ganzheitlich mit dem Thema beschäftigt. In der Pflege müssen



**Melanie Gross**  
gross@paritaet-sh.org



**Michael Saitner**  
0431 56 02 – 10  
vorstand@paritaet-sh.org

die Chancen der generalistischen Pflegeausbildung genutzt und Anreize geschaffen werden. Insbesondere muss in diesem Bereich die Schnittstelle zwischen Eingliederungshilfe und Pflege mit Ressourcen ausgestattet werden, da Menschen mit Behinderung mittlerweile immer älter werden. Im Bereich Kita muss das Land dort einspringen, wo der Bund bisher versagt hat, und die praxisintegrierte Ausbildung für Erzieher\*innen etablieren. Und die Rahmenbedingungen in den ländlichen Regionen Schleswig-Holsteins müssen für Arbeitnehmer\*innen attraktiver werden. Die Digitalisierung hat zwar durch die Pandemie an Fahrt aufgenommen, aber mit Telemedizin allein ist das leider alles nicht getan. Auch auf dem Land müssen Kinder betreut werden, brauchen Jugendliche Freizeitangebote, müssen zum Beispiel ungewollt Schwangere oder HIV-Infizierte eine Beratungsstelle aufsuchen können.

■ Die Rahmenbedingungen in den ländlichen Regionen Schleswig-Holsteins müssen für Arbeitnehmer\*innen attraktiver werden.

**MG |** Ich sehe da einige Punkte und greife nur drei davon auf: Wie schon gesagt, müssen die Kapazitäten in den Hochschulen für die Soziale Arbeit deutlich ausgebaut werden, um dem Fachkräftemangel begegnen zu können. Zugleich müssen bei den vielen Erfordernissen in der Praxis die Ressourcen passen, damit den inhaltlichen Veränderungen und der Zunahme der Komplexität der Arbeit auch auf qualitativ hohem Niveau begegnet werden kann. Konkret sehe ich da etwa das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, das zu vielen Veränderungen im System führt, von der Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt bis zur systematischen Integration der Inklusion, die jeweils konzeptionelle, räumliche und operative Veränderungen nach sich ziehen. Des Weiteren sind die Einrich-

tungen der Sozialen Arbeit noch nicht flächendeckend auf die Erfordernisse vorbereitet, die sich aus den Änderungen des Personenstandsrechts oder der Istanbulkonvention ergeben. Bei all diesen Punkten könnte und müsste meines Erachtens die Landesregierung auch Veränderungsprozesse unterstützen und anstoßen sowie Verantwortung für die Prozesse übernehmen – das kann nicht alles nebenbei durch die einzelnen Organisationen erledigt werden.

■ Ich fände es wichtig, dass jetzt endlich mal wieder die Jugend gesehen wird.

**JB | Gibt es weitere Themen, die die neue Landesregierung ganz oben auf die Agenda setzen sollte?**

**MS |** Die letzten Jahre standen ganz im Zeichen der Kita-Reform. Zu deren Gelingen konnten wir in zahlreichen Verhandlungen und Gesprächen beitragen. Was jedoch nach wie vor sauer aufstößt, ist, dass Inklusion beim Thema Kita ausgeblendet beziehungsweise nur sehr halbherzig angegangen wird. Hier werden wir weiter darauf drängen, die Teilhabe aller Kinder zu ermöglichen.

**MG |** Ich fände es wichtig, dass jetzt endlich mal wieder die Jugend gesehen wird. Es gab inzwischen zwei Kinder- und Jugendberichte der letzten beiden Bundesregierungen, die die Lebensphase Jugend endlich mal wieder in den Fokus genommen haben, doch in der Landespolitik hat das leider keine Kraft entfaltet. Wenn man darüber hinaus auch noch Themen wie geschlechtliche Vielfalt, Inklusion, die enormen psychischen Belastungen und sich verschärfenden Bildungsungleichheiten durch die Pandemie sieht, haben wir viel zu tun. Momentan ist es beispielsweise nicht einmal möglich, einen psychologischen Diagnostiktermin für Kinder und Jugendliche zu bekommen, so katastrophal ist die Versorgung inzwischen. Da liegt viel brach und da sehe ich eine Landesregierung auch klar in der Verantwortung •



**Julia Bousboa**

0431 56 02 – 13

bousboa@paritaet-sh.org

# Vorstellung Verbandsrat



**Prof. Dr. Melanie Groß**

Verbandsratsvorsitzende



**Dr. Michaela Oesser**

Stellvertretende Vorsitzende



**Heiko Frost**



**Dr. Cebel Kūçūkkaraca**



**Bettina Spechtmeyer-Högel**



**Detlev Wulff**

Stellvertretender Vorsitzender



**Ernst Hillebrecht**



**Katja Rathje-Hoffmann**



**Eka von Kalben**

Kontaktieren Sie den Verbandsrat:



# Gewalt? Schutz!

(Auch) Eine Frage der Gleichstellung

Beim Thema Gewalt herrscht meist große Einigkeit: Jeder Mensch hat unabhängig von Herkunft, Alter, sozialem oder biologischem Geschlecht, Hautfarbe, Beeinträchtigung, sexueller Orientierung, Religionszugehörigkeit oder sozialem Status das Recht auf Schutz vor Gewalt. Untermauert wird das im Grundgesetz verbriefte Recht durch Abkommen für verschiedene Bevölkerungsgruppen.

Gewalt hat viele Formen, noch mehr Gesichter und kann überall zuhause sein. Wenn von Gewalt gesprochen wird, ist häufig körperliche oder sexualisierte Gewalt gemeint, doch auch psychische, emotionale, digitale oder ökonomische Gewalt gehören dazu. Häufig überschneiden sich die Formen. Charakteristisch ist der Machtmissbrauch – Gewalt kennt keine Augenhöhe. Und: Gewalt kann Betroffene krank machen und das Armutsrisiko erhöhen, etwa wenn nach einer Gewalttat der Beruf nicht mehr ausgeübt werden kann oder aufgrund von Stalking häufige Wohnortwechsel nötig sind.

■ Zielgruppenübergreifende Prävention kostet und scheint manchmal wenig attraktiv, weil sich der Effekt häufig nicht unmittelbar zeigt, ist jedoch eine lohnende Investition.

Was aber hat das alles mit Gleichstellung zu tun? Hier geht es um die Dimension der strukturellen Gewalt, der alltäglichen Ungleichbehandlung aufgrund von tradierten Zuschreibungen und der sozialen Geschlechtszugehörigkeit in einer Gesellschaft. Wenn Frauen weniger verdienen als Männer, Steuerlasten und Sorgearbeit ungleich verteilt sind oder „typisch weibliche“ Berufe schlechter vergütet werden, ist das ein Gradmesser für Gleichstellung in einer Gesellschaft. Umgekehrt schützt echte Gleichstellung zu einem guten Teil vor Gewalt: Wenn alle von Kindesbeinen an das Gegenüber als gleichwertig sehen, wenn Verschiedenheit als

Ressource betrachtet wird, dann ist das ein solides Fundament auf dem es Unterdrückung, Machtmissbrauch und Gewalt schwerer haben, zu gedeihen.

Neben einem bedarfsgerecht und barrierefrei ausgestatteten Gewaltschutzsystem, zielgruppenübergreifenden und niedrigschwelligen Beratungs- und Interventionsangeboten braucht es Information und Prävention. Es bedarf eines breiten Verständnisses von Gewaltdynamiken und teils generationenübergreifenden Gewaltkreisläufen. Betroffene müssen rasch und unkompliziert Unterstützung und Hilfe erfahren – unabhängig davon, mit wem der Erstkontakt stattfindet: Justiz, Polizei, Beratungsstelle oder Institution. Wer Gewalt erfahren hat, mehrfach sein Anliegen vortragen muss und weiterverwiesen wird, schweigt irgendwann.

In vielen Bereichen der Sozialen Arbeit sind gelebte Gewaltschutzkonzepte längst Teil der beruflichen Praxis, auch das neue Schulgesetz sieht diese Konzepte für Schulträger vor. Andere, insbesondere öffentlich geförderte Bereiche sollten diesem Beispiel folgen. Diese Prozesse müssen fachlich gut begleitet werden – das Know-how ist durch unsere Mitgliedsorganisationen im Land vorhanden, die Ressourcen jedoch müssen angemessen zur Verfügung gestellt werden. Gender-Mainstreaming und -Budgeting können als politische Richtschnur dienen, indem jede politische Maßnahme daraufhin überprüft wird, inwieweit Frauen und Männer davon profitieren. Nicht zuletzt muss die Stimme der Betroffenen gehört werden. Zielgruppenübergreifende Prävention kostet und scheint manchmal wenig attraktiv, weil sich der Effekt häufig nicht unmittelbar zeigt, ist jedoch eine lohnende Investition, die sich für uns alle vielfach auszahlt. Der Schutz vor Gewalt ist hoheitliche Aufgabe des Staates und für alle Menschen rechtsbasiert. Dies muss auf allen politischen Ebenen, in Bund, Land, Kommune, umgesetzt sowie bedarfsgerecht finanziert werden und darf nicht vom ehrenamtlichen Engagement einzelner Personen abhängig sein. •



Ivy Wollandt

0431 56 02 – 64

wollandt@paritaet-sh.org

# Pflichtgemäße Anhörung

Selbstorganisationen von Migrant\*innen werden selten gefragt

Auch im neuen Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition werden Organisationen von Migrant\*innen wieder gelobt und wertgeschätzt: Es soll ein Partizipationsgesetz geschaffen werden, dabei sollen die Organisationen „beteiligt“ werden. Und es soll ein Rat, eine Art runder Tisch, auf Bundesebene etabliert werden.

■ In Schleswig-Holstein haben wir in der Entstehungsgeschichte des „Integrations- und Teilhabegesetzes“ erlebt, wie lückenhaft die Beteiligung ausfällt.

Wie und wann man startet, ist noch unklar. Insbesondere Putins Krieg gegen die Ukraine hat alle Planungen umgeworfen. Aber die bisherigen Erfahrungen der Selbstorganisationen sagen: Papier ist geduldig, die Beteiligung von Migrant\*innen an der Ausgestaltung solcher Vorhaben wird oft zugesagt. Die Realität sieht anders aus.

In Schleswig-Holstein haben wir in der Entstehungsgeschichte des „Integrations- und Teilhabegesetzes“ erlebt, wie lückenhaft die Beteiligung ausfällt. Nach der Auftaktveranstaltung zum Diskussionsprozess sollte es eine Plattform im Internet geben, dort sollten alle Vereine und Verbände, aber auch Einzelpersonen ihre Vorschläge und ihre Kritik an Regierungsentwürfen vorbringen können. Erst danach sollte es einen Gesetzentwurf des Innenministeriums geben. Der Einwandererbund e.V., der eigentlich beteiligt werden wollte, lud während der ministeriumsinternen Beratungen den Staatssekretär zu einer Infoveranstaltung ein, und tatsächlich hatte der schon einen Vorentwurf in der Tasche, den er auch kurz zeigte.

Kurz gesagt: Das Beteiligungsverfahren wurde überschlagen, der Entwurf kam direkt. Die Beteiligung bestand letztlich darin, dass der

Innen- und Rechtsausschuss des Landtags außer den üblichen Institutionen auch eine Reihe von Organisationen von Migrant\*innen zur Anhörung lud, die erst eine schriftliche Stellungnahme abgaben, dann in einer ganztägigen Ausschusssitzung ihre Kritik und Vorschläge vortrugen. Die Diskussion danach spielte sich allerdings wieder intern ab, diesmal innerhalb der Regierungsfractionen, die 15 Monate lang berieten und kaum Änderungsvorschläge übernahmen. Übrigens sollte nach Inkrafttreten des Gesetzes im Mai 2021 ein Integrationsrat auf Landesebene eingerichtet werden. Es ist unwahrscheinlich, dass das bis Mai 2022 noch klappen wird. Und die fehlenden Proteste von Vereinen und Verbänden zeigen auch, dass die Hoffnungen auf eine Umsetzung eher gering waren.

■ Die fehlenden Proteste von Vereinen und Verbänden zeigen auch, dass die Hoffnungen auf eine Umsetzung eher gering waren.

Auf Bundesebene ist eine Beteiligung schwerer, schon weil viele Vereine gar nicht die Kapazitäten haben, sich auf eine Anhörung in Berlin vorzubereiten und daran teilzunehmen. Das können nur einige bundesweit arbeitende Organisationen. Insofern: Der gute Wille wird gerne zur Kenntnis genommen. Dass es eine echte Beteiligung geben wird, ist eher unwahrscheinlich. Da macht schon mehr Hoffnung, dass deutlich mehr Abgelenkte im Ausland geboren und irgendwann nach Deutschland eingewandert sind, bevor sie eingebürgert und gewählt wurden. Und: Sie sind in allen Parteien. •

## Reinhard Pohl

(aktiv im Vorstand vom Einwandererbund e.V. und ZBBS e.V.)

Einwandererbund e.V.  
Feldstraße 3, 25335 Elmshorn  
04121 64010 – 60  
info@ewbund.de  
www.ewbund.de

ZBBS e.V.  
Sophienblatt 64/64a, 24114 Kiel  
0431 200 11 50  
info@zbbs-sh.de  
www.zbbs-sh.de

# „Wenn wir über Sucht sprechen, müssen wir über Sucht sprechen!“

Julia Bousboa sprach mit Kai Sachs (Landesstelle für Suchtfragen Schleswig-Holstein e.V.) und Sonja Steinbach (PARITÄTISCHER SH) über die Legalisierung von Cannabis, die Haltung der Gesellschaft zu Alkohol und Nikotin und die Situation der Suchtkrankenhilfe in Schleswig-Holstein.

**JB | Durch die Koalition im Bund ist das Thema Legalisierung von Cannabis wieder sehr präsent. Dabei stellt sich sofort die Frage, warum manche Drogen illegal sind und andere nicht – Alkohol gilt nahezu als „erwünscht“ in der Gesellschaft. Welche Meinungen gibt es derzeit in den Fachkreisen?**

**KS |** Wir haben kulturhistorisch eine Verankerung bestimmter Suchtmittel in unserer Gesellschaft. Alkohol, Nikotin, Medikamente und Glücksspiel gehören dazu. Der Verkauf von Alkohol wird in Deutschland extrem gering besteuert und die Preise sind weltweit betrachtet im untersten Bereich. Einer möglichen Veränderung steht eine einflussreiche Industrielobby entgegen. Die Erfahrungen mit Prohibition haben gezeigt, dass dies eher illegale Strukturen stärkt. Als sich in den 1960er Jahren die Gesetzgebung mit den damals neuen Suchtmitteln beschäftigen musste, sah die Regierung keine andere Möglichkeit, als alles zu verbieten. Durch eine reine Verbotsstrategie erreicht man keine ausreichende Verhinderung. Wirkungsvoller ist ein Zusammenspiel von Begrenzung des Verkaufs durch Verteuerung sowie Reduzierung der Konsummöglichkeiten und Werbeverboten. Die Strategie, wie sie im Kontext mit Nikotin gefahren wurde – Dezimierung von Verkauf und Werbung, allgemeines Rauchverbot – hat dazu geführt, dass der Konsum von Nikotin deutlich zurückgegangen ist.

Die Diskussion um Freigabe von Cannabis wird zu eindimensional geführt. Hier müssten wir über eine Bandbreite von Fragen sprechen: Welcher Stoff wird in welcher Intensität verkauft? Wer wird es verkaufen? Wie wird tatsächlich kontrolliert? Wie soll der Umgang im Straßenverkehr geregelt werden? Hirnphysiologisch müssten wir sagen: Männer dürfen erst ab 25, Frauen ab 21 konsumieren – aber das ginge natürlich nicht. Und einen Schwarzmarkt wird es

auch weiterhin geben. Die Politik macht es sich zu einfach, wenn ihr nur Entkriminalisierung und sauberer Stoff wichtig sind. Welchen Stellenwert Sucht in der Gesellschaft hat, wird auf politischer Ebene nicht diskutiert – außer, er fällt volkswirtschaftlich oder sozial auf. Solange Suchtkranke nicht besonders auffallen, werden eher keine Maßnahmen ergriffen.

**SS |** Was ich an dieser Debatte spannend finde, ist die Sonderstellung Schleswig-Holsteins. In den 2000ern war es eines der progressivsten Länder, zum Beispiel in der Substitutionsbehandlung. Doch seitdem hat es sich eher in die andere Richtung entwickelt. Aus anderen Bundesländern hört man gerade „Endlich Legalisierung von Cannabis!“, doch hier ist man eher verhalten.

■ Es gibt ganz offensichtlich ein Bedürfnis nach Rausch.

**JB: Was spricht für eine Legalisierung von Cannabis?**

**SS |** Wer Cannabis konsumieren will, tut es. Ich kann uns, ohne weitere Kenntnis, innerhalb einer Stunde jede Droge besorgen: auf jedem Schulhof, in jedem Stadtteil. Doch das heutige Cannabis hat nichts mehr mit dem Gras zu tun, das manche vielleicht von früher kennen. Es ist von der Potenz vierfach so hoch und insbesondere die künstlichen Cannabinoide sind eine große Gefahr. Dieses Problem lässt sich offensichtlich nicht mit Prohibition bekämpfen. Mit einer Legalisierung – nicht mit einer Freigabe – könnte man so etwas wie Verbraucherschutz installieren. Dann wäre klar, welche Stoffe verkauft werden und der Staat könnte daran verdienen und mit dem Geld Prävention massiv fördern.

**KS |** Es gibt viele Aspekte zu bedenken, die der Staat regeln muss. Wir haben immer eine kritische Position gegenüber einer bedingungslosen Freigabe von Cannabis formuliert. Eine Freigabe wird zum Beispiel Folgen für den Suchtbereich haben, die personell abgedeckt werden müs-

sen. Jahrelang haben wir bei Alkohol dafür gekämpft, dass man nach dem Verursacherprinzip diejenigen an den Kosten beteiligt, die die Probleme verursachen. Schon in den 1990ern galt in Finnland, dass Alko, die staatliche Alkohol-Monopolgesellschaft, einen Teil ihres Gewinns in die Suchtarbeit stecken muss. In Helsinki stand dadurch die größte Bibliothek der Welt zum Thema Sucht. Es kann nicht sein, dass die einen Gewinn machen und die anderen die Folgen tragen. Die Suchthilfe ist ohnehin schon am Limit, da kann jetzt nicht noch was obendrauf kommen, weil die Politik Cannabis freigibt und sich um die Folgen nicht ausreichend kümmert.

■ Wenn die Politik Prävention ernstnehmen würde, müsste sie von der Kita bis zum Altenheim Präventionsangebote finanzieren.

Wenn sich diese Gesellschaft nicht darüber im Klaren ist, wie sie mit dem Thema Sucht umgehen will, wird man immer wieder scheitern, schon im Kleinen: Papa diskutiert bei Feierabendbier und Zigarette mit seiner Tochter, dass sie nicht kiffen darf. Damit will ich nicht die Legalisierung von Cannabis untermauern, sondern möchte nur sagen: Wenn wir über Sucht sprechen, müssen wir über Sucht sprechen – und da ist es völlig egal, welche es ist.

**SS |** Es ist eine Haltungsfrage. In unserer Gesellschaft gibt es nicht nur Suchtkranke, sondern auch Menschen, die Drogen als Genussmittel konsumieren. Abstinenz ist illusorisch, es gibt ganz offensichtlich ein Bedürfnis nach Rausch. Das Ziel ist *harm reduction*: dass Menschen also möglichst wenig Stoff konsumieren und sich so wenig wie möglich selbst schädigen.

**JB | Wie ist die momentane Situation der Suchtkrankenhilfe in Schleswig-Holstein?**

**KS |** Positiv zu bewerten ist, dass wir heutzutage die ganze Bandbreite von völliger Abstinenz

bis *harm reduction* politisch diskutieren können. Deutlich verschlechtert hat sich allerdings die Situation der ambulanten Suchtkrankenhilfe: Sie ist kommunal verankert und eine in der Höhe freiwillige Leistung. Wenn in einem Sozialausschuss Politiker\*innen sitzen, die sich das Thema auf die Fahne geschrieben haben, kann man gute Projekte entwickeln wie in Rendsburg-Eckernförde. Bei anderen steht im Zuwendungsbescheid Prävention, diese wird jedoch nicht mit Mitteln ausgestattet und muss nebenbei erfolgen. Wenn die Politik Prävention ernstnehmen würde, müsste sie von der Kita bis zum Altenheim Präventionsangebote finanzieren.

**JB | Was muss in SH dringend angegangen werden?**

**KS |** Wir haben hier die Möglichkeit, offen mit der Politik sprechen zu können, doch das hat leider nicht zur Folge, dass wir in eine kontinuierliche Refinanzierung der Arbeit kommen. Aus dem Glücksspielstaatsvertrag müsste viel mehr Geld in die Suchtkrankenhilfe fließen. Das Thema muss in den Lehrplänen verankert werden. Die Kommunen müssten im Rahmen ihrer Daseinsvorsorge Leitlinien und Strategien für den Umgang mit Sucht entwickeln.

**SS |** Ich habe die Hoffnung, dass das Thema mit der neuen Bundesregierung und dem neuen Bundesdrogenbeauftragten in die Länder getragen wird und hoffentlich auch in die Kommunen.

**KS |** Das Land könnte den eingeschränkten Alkoholverkauf sowie ein Werbeverbot durchsetzen. Es gäbe zum Beispiel die Möglichkeit, Sportvereine, die Bierwerbung platzieren, die Landesförderung zu streichen. Außer Lobbyist\*innen hätte damit niemand ein Problem. Es ist, wie gesagt, alles eine Frage der Haltung.

**SS |** Durch die Legalisierungsdebatte, die wir übrigens am 9. September auf einem Fachtag von möglichst vielen Seiten beleuchten, rücken auch die anderen Suchtstoffe hoffentlich wieder stärker in den Fokus. Die Landesregierung wird sich zwangsläufig damit auseinandersetzen müssen. Dass das Thema gerade in jedem Wohnzimmer diskutiert wird, ist ein guter Anlass, um jetzt umfassend suchtpolitisch aktiv zu werden! •



**Kai Sachs**

Landesstelle für Suchtfragen  
Schleswig-Holstein e.V.  
Schreiberweg 10  
24119 Kronshagen  
0431 65 73 94 – 44  
01522 46 39 026  
kai.sachs@lssh.de  
www.lssh.de



**Julia Bousboa**

0431 56 02 – 13  
bousboa@paritaet-sh.org



**Sonja Steinbach**

0431 56 02 – 28  
steinbach@paritaet-sh.org

# Perspektive Wohnen

Schaffung von passgenauen Zugangswegen

Wohnen ist ein Menschenrecht und existenziell wichtiges Gut der Daseinsvorsorge. Wohnen ist aber auch seit Jahren Luxusgut und Mangelware. Der Wohnungsmarkt in Schleswig-Holstein ist am Hamburger Rand wie auch in kleinen bis mittleren Ballungszentren angespannt. In beliebten Stadtteilen sind Verdrängungsprozesse zu beobachten, Zielgruppen der Sozialen Arbeit wie Alleinerziehende, Straffällige, Senior\*innen, Menschen mit Behinderungen, wohnungslose Personen, gewaltbetroffene Frauen, psychisch oder chronisch Erkrankte, Care-Leaver, Geflüchtete oder kinderreiche Familien konkurrieren auf dem Wohnungsmarkt um bezahlbare Wohnungen. Kaum ein Beratungssetting, das nicht an irgendeinem Punkt das Thema Wohnen streift; an verschiedenen Stellen werden Träger Sozialer Arbeit durch gestiegene Mieten in existenzielle Notlagen gebracht.

■ Beteiligungsprozesse bei der Quartiersentwicklung sind häufig exklusiv gestaltet, das Wissen um Teilnahmemöglichkeiten hängt nicht selten auch vom Bildungsgrad und sozialen Status ab.

So wertvoll und unverzichtbar sie sind: Sozialer Wohnungsbau und entsprechende Anreizprogramme allein können den Wohnraummangel nicht beheben. Die vom Land aufgelegte Förderrichtlinie „Wohnen für besondere Bedarfsgruppen“ ist beispielhaft, stärkt Soziale Träger als Bauherren und fördert „Housing First“ als zeitgemäße Methodik Sozialer Arbeit. Es braucht jedoch darüber hinaus eine Vielfalt der Ansätze, kleine und größere Bausteine, Ideen, Kreativität und Konzepte, um dem gesamtgesellschaftlichen Thema zu begegnen. Bei allen Herangehensweisen muss Wohnen ganzheitlich und inklusiv gedacht werden – von der Planung bis zur Umsetzung. Das Mitdenken der sozialen Perspektive ist von Beginn an unverzichtbar, wird

indes noch nicht ausreichend oft berücksichtigt. Beteiligungsprozesse bei der Quartiersentwicklung sind häufig exklusiv gestaltet, das Wissen um Teilnahmemöglichkeiten hängt nicht selten auch vom Bildungsgrad und sozialen Status ab, Expert\*innen in eigener Sache werden nur selten partizipativ miteinbezogen.

Die Sicherung von vorhandenem Wohnraum und Schaffung von passgenauen Zugangswegen zum Wohnungsmarkt für Zielgruppen der Sozialen Arbeit sind heute ebenso wichtig wie die Entwicklung und Realisation von Modellprojekten wie Frauen\_Wohnen. Aus dem Projekt heraus, das erfolgreich gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder in eigenen Wohnraum vermittelt, wurde das Instrument der Belegungsbindung in Schleswig-Holstein neu belebt. Das landesweite Netzwerk und die Kooperationen mit der Wohnungswirtschaft sowie die gesamte Projektstruktur könnten als Blaupause für sämtliche Zielgruppen der Sozialen Arbeit dienen, um Wege in Wohnraum zu erschließen. Auch neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Sozialen Trägern, beispielsweise bei der Bewirtschaftung von Wohnraum, sollten erprobt werden können. Der Paritätische Gesamtverband fordert seit Langem eine neue Wohngemeinnützigkeit, um bei Wohnungsbau und Sozialbindung eine langfristige Verlässlichkeit und Planbarkeit zu gewährleisten. Wir begrüßen diesen Punkt im Koalitionsvertrag der Ampelregierung, der dazu beitragen soll, Menschen, die über geringe und mittlere Einkommen verfügen, mit Wohnraum zu versorgen.

Angelehnt an das im Vertrag ebenfalls erwähnte „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ wünschen wir uns für Schleswig-Holstein einen interdisziplinären und ressortübergreifenden „Pakt Wohnen“ der alle Ministerien, Vertreter\*innen der Wohnungswirtschaft, Wohlfahrtsverbände und relevanten Akteur\*innen zusammenbringt. Nur gemeinsam können passgenaue, bedarfsgerechte Lösungsansätze entwickelt und realisiert werden. Das Thema Wohnen braucht die soziale Perspektive – wir bringen sie gerne ein! •



Ivy Wollandt

0431 56 02 – 64

wollandt@paritaet-sh.org

# Gesellschaft

Mit Hilfe des Wunschewagens konnte die 31-jährige Frau P. gemeinsam mit ihrem Mann Abschied von der Insel Amrum nehmen.





# Lots\*innen zum Schulabschluss

Peer-to-Peer-Begleitung für autistische Schüler\*innen

Dem Inklusionsgedanken folgend, dass jeder Mensch, so wie er ist, Teil der Gemeinschaft sein darf, stellt sich die Frage: Wie kann dies gelingen? Wie kann eine notwendige Unterstützung Adressat\*innen erreichen – wenn diese sich darüber hinaus auch noch in der Pubertät befinden? Denn hierbei geht es ja um die sich jedem Jugendlichen stellende Entwicklungsaufgabe von Autonomie, Eigenständigkeit und die Ablösung von der Welt der Elterngeneration. Vor allem aber geht es um die Orientierung an der Gleichaltrigengruppe und den dort stattfindenden Austausch um die wichtigen Fragen des Lebens.

■ Eine Schulbegleitung auf Augenhöhe, ein Mensch aus der Gleichaltrigengruppe, der zudem unmittelbar aus dem eigenen schulischen Kontext herausgewachsen ist, kann eine gute Lösung sein.

Dies stellt für Menschen aus dem Autismusspektrum, deren wesentliche Einschränkung in der Gestaltung von Kommunikation und sozialer Interaktion liegt, eine große Herausforderung dar. Die Notwendigkeit einer Schulbegleitung, um im Schulalltag bestehen zu können, wird zusätzlich von den Jugendlichen als Makel empfunden.

Eine Schulbegleitung auf Augenhöhe, ein Mensch aus der Gleichaltrigengruppe, der zudem unmittelbar aus dem eigenen schulischen Kontext herausgewachsen ist, kann hier eine gute Lösung sein. Diesem Grundgedanken folgend, haben wir das Peer-to-Peer-Konzept „Schulbegleitung für autistische Schüler\*innen“ entwickelt. Wie sich zeigt, mit großem Erfolg. Durch die unmittelbare Nähe zur eigenen Schulzeit gelingt es den jungen Schulbegleiter\*innen erheblich besser, die anstehende Übersetzungsleistung des Unterrichtsstoffes von „neurotypisch“ auf „autistisch“ zu leisten. Der\*die

jugendliche Begleiter\*in wird von dem\*der Schüler\*in gern akzeptiert und nicht selten als Rollenvorbild und auch als Gesprächspartner\*in für allgemeine Fragen der eigenen Jugendlichkeit gesehen. Im Kontext des Klassenverbandes erfahren die Peer-to-Peer-Schulbegleiter\*innen eine große Akzeptanz und werden als Ältere der eigenen Peergroup häufig bewundert. Dadurch gelingt es ihnen, Brücken zu bauen und für den\*die jugendliche\*n Autist\*in einen Zugang zur Peergroup zu ermöglichen.

Dass die Peer-Schulbegleiter\*innen als Langzeitpraktikant\*innen nach einem Jahr wechseln, klingt zunächst nicht kompatibel mit dem Thema Autismus, entpuppt sich jedoch als eigentlicher Clou des Ganzen. Die autistischen Schüler\*innen erfahren Sicherheit nicht über die womöglich jahrelange Beziehung zu einer Person, sondern in der Struktur wiederkehrender Abläufe. Indem sie sich selbst in jedem weiteren Jahr neu durch die aktuelle Schulbegleitung erfahren, wächst mit ihrem Erfahrungszuwachs zugleich die Kenntnis ihrer Fähigkeiten und Kompetenzen enorm – und dient als Schlüssel für Zutrauen, Selbstbewusstsein und neue, eigene Wege.

Die Schulbegleiter\*innen wiederum haben im Laufe eines Jahres an der Seite eines\*einer jugendlichen Autist\*in, angeleitet und begleitet durch erfahrene Autismuspädagog\*innen, viel gelernt über andere Wahrnehmungswelten, über Autismus und wie sehr Verschiedenheit unser aller Welt bereichert. Ihnen wird in ihrem Leben gewiss auch weiterhin Inklusion gut gelingen.

Für weitere Informationen schauen Sie gerne auf unserer Website [www.konfettiimdialog.de](http://www.konfettiimdialog.de) vorbei. Dort findet sich auch ein Link zu einem unbedingt hörenswerten Radiofeature zum Peer-to-Peer-Konzept. •

# „Der Beratungsbedarf der Studierenden ist so hoch wie nie zuvor“

Psychosoziale Beratung im Studentenwerk SH

Ob finanzielle oder psychische Probleme – die Coronapandemie bringt für die Studierenden in Schleswig-Holstein zahlreiche Belastungen mit sich. Die Nachfrage nach den psychosozialen Beratungsangeboten des Studentenwerks SH ist seit Pandemiebeginn deutlich gestiegen.

„Als den Studierenden plötzlich die Nebenjobs weggebrochen sind, war ihre finanzielle Not groß“, berichtet Ramona López, Sozialberaterin im Studentenwerk SH. Gemeinsam mit ihren fünf Kolleginnen bietet sie Studierenden in ganz Schleswig-Holstein Hilfestellung bei vielfältigen Fragen und Anliegen rund ums Studium. Die drei Top-Themen in den Coronajahren 2020 und 2021: Kredite/Darlehen, Sozialleistungen und Jobben.

Pandemiebedingt gehe es in der Sozialberatung außerdem wesentlich häufiger als üblich um psychosoziale Themen wie Angst oder Stress. Besonders auffällig ist laut López, dass der Anteil der ratsuchenden internationalen Studierenden gestiegen sei. „Diese Gruppe fühlt sich beim Ankommen im neuen Land besonders stark auf sich allein gestellt und leidet erheblich unter den Pandemiebedingungen.“ Ebenso die Studierenden mit Kind: Aufgrund von Gruppenschließungen in Kitas muss der Nachwuchs immer wieder zeitweise zuhause betreut werden. Dadurch verzögert sich das Studium. Zudem können die Kosten für das Mittagessen oder die Beschäftigung der Kinder nur schwer aufgebracht werden.

Neben der Sozialberatung bietet das Studentenwerk SH auch eine psychologische Beratung an. Landesweit stehen mehrere Psycholog\*innen Studierenden bei persönlichen Konflikten und Problemen zur Seite. „Der Beratungsbedarf bei den Kolleg\*innen der psychologischen Beratung ist so hoch wie nie zuvor“, erzählt Ramona López. Lag die Wartezeit auf einen Erstgesprächstermin 2019 zu Spitzenzeiten noch bei etwa sechs Wochen, so waren es 2020 zehn und 2021 sogar über 14 Wochen.

Zu Beginn der Pandemie kamen die Studierenden vor allem mit depressiven Symptomen, Ängsten und Gefühlen von Einsamkeit in die psychologische Beratung. Später fiel ihnen das Zurückfinden aus der sozialen Isolation in die

Normalität schwer. „Durch das Hin und Her zwischen Präsenz- und Online-Lehre herrscht mittlerweile Frustration und Resignation“, so López. „Die jungen Leute fühlen sich um ihre Studien- und Lebenszeit betrogen.“ Eine wichtige Unterstützung in dieser schwierigen Zeit bietet die Beratung des Studentenwerks, die inzwischen nicht nur in Präsenz oder telefonisch, sondern auch per Video angeboten wird. So können noch mehr Studierende erreicht werden.

■ Zu Beginn der Pandemie kamen die Studierenden vor allem mit depressiven Symptomen, Ängsten und Gefühlen von Einsamkeit in die psychologische Beratung. Später fiel ihnen das Zurückfinden aus der sozialen Isolation in die Normalität schwer.

„Wir glauben, dass wir noch lange mit den Folgen der Pandemie zu tun haben werden“, lautet das Fazit von Ramona López. Umso erfreulicher: Das Land Schleswig-Holstein hat Ende letzten Jahres beschlossen, den Ausbau der psychologischen Beratung finanziell zu fördern. Seit dem 1. April stehen fast doppelt so viele Personalstunden wie vorher zur Verfügung. „Dafür sind wir und sicher auch die Studierenden sehr dankbar.“ •

Das Studentenwerk SH ist landesweit für zehn Hochschulen und über 60.000 Studierende als wichtiger Dienstleister verantwortlich. 560 Mitarbeiter\*innen setzen sich in den Bereichen Hochschulgastronomie, Wohnen, BAföG, Soziales und Kultur für das Wohl der Studierenden ein. In der psychosozialen Beratung wurden im Jahr 2021 über 4500 Beratungsgespräche mit Studierenden geführt.



**Studentenwerk SH**

Ramona López  
Sozialberaterin  
0431 8816 – 113  
[ramona.lopez@studentenwerk.sh](mailto:ramona.lopez@studentenwerk.sh)  
[www.studentenwerk.sh](http://www.studentenwerk.sh)

# JA zum Leben

Aber eben auch zum Sterben

Der Tod gehört nun mal zum Leben. Ein Satz, der flott über die Lippen geht – vor allem, wenn das eigene Lebensende weit weg erscheint. Zwar ist in den letzten Jahrzehnten eine beeindruckende Entwicklung hospizlich-palliativer Versorgungsangebote entstanden, die sich die Worte der englischen Krankenschwester Cicely Saunders (1918–2005) zu eigen machen: „Es geht nicht darum, dem Leben mehr Tage zu geben, sondern den Tagen mehr Leben.“ Sterbende Menschen sollen ein gutes, nicht künstlich verlängertes Leben bis zuletzt haben, meinte die Begründerin der modernen Hospizbewegung und Palliativmedizin damit. Dennoch findet das Sterben sehr oft abseits des gesellschaftlichen Lebens statt, in Krankenhäusern und Heimen, teils recht anonym. Umso wichtiger, darüber zu sprechen und – mehr noch – den Tod und das Sterben in der Öffentlichkeit sichtbarer zu machen.

Der Arbeiter-Samariter-Bund Landesverband Schleswig-Holstein e.V. (ASB) hat sich diese Aufgabe in zweifacher Mission zu eigen gemacht. Zum einen erfüllt er mit seinem Projekt Wünschewagen todkranken Menschen letzte Wünsche, und dies zumeist mitten drin im prallen Leben. Zum anderen hat er zu Beginn dieses Jahres in Itzehoe das deutschlandweite erste ASB-Hospiz eröffnet, das dank angeschlossener Veranstaltungsort in einer ehemaligen katholischen Kirche Kultur und Lebendigkeit dorthin bringen soll, wo der Tod Alltag ist.

Menschen mit äußerst begrenzter Lebenserwartung an ein Wunschziel ihrer Wahl zu bringen – das ist die Aufgabe des ASB-Wünschewagens. Dank Spenden und des Engagements ehrenamtlicher Wunscherfüller\*innen ist das Angebot kostenlos. Circa 300 letzte Wünsche hat der Schleswig-Holsteiner Wünschewagen – Bestandteil eines deutschlandweiten Netzwerks – in den gut sechs Jahren seines Bestehens erfüllt, die allermeisten von erstaunlich bescheidener Natur.

Für viele Schleswig-Holsteiner\*innen ist das Meer der Sehnsuchtsort schlechthin. Oft sind es nur wenige Kilometer dorthin, für einen schwerstkranken Menschen, in der letzten Phase seines Lebens angekommen, ist dies jedoch oftmals ein unüberwindbares Hindernis. Medi-

zinisch überwacht und pflegerisch betreut wird für die Fahrgäste also Unmögliches wahr: Am Deich noch einmal ein Fischbrötchen essen, mit der Familie noch einmal am Kaffeetisch sitzen, bei der Hochzeit des Enkelkinds dabei sein, dem Lieblingsstar einmal ganz nahe kommen, einen besonderen Ort der eigenen Lebensgeschichte wiedersehen oder aber auch die letzten Kräfte für den immer erträumten, aber nie verwirklichten Fallschirmsprung bündeln – all das hat der Wünschewagen bereits möglich gemacht.

■ Es geht nicht darum, dem Leben mehr Tage zu geben, sondern den Tagen mehr Leben.

„Was kann man sich denn hier wünschen?“ Sehr oft hören die Wunscherfüller\*innen diese Frage, wenn sie mit dem Wünschewagen in der Öffentlichkeit stehen. Und sehr oft sehen sie dann betretene Gesichter, wenn sie zu erzählen anfangen. „Wir haben Frau M. an Bord, sie wird bald sterben und wollte hier noch einmal einen Kaffee trinken.“ Von „Ach, wie traurig“ bis „Nix wie weg“ reichen die Reaktionen. Doch nicht wenige werden neugierig und fragen nach und erfahren dann staunend, wie fröhlich und ausgelassen die Stimmung bei den allermeisten Wunschfahrten ist; wie sehr das Leben gefeiert und in Erinnerungen geschwelgt wird. Und ja, wie viel leichter den Fahrgästen dann schließlich der Abschied vom Leben fällt.

„Frau M. ist wenige Tage nach ihrem Ausflug friedlich und zufrieden eingeschlafen.“ Wenn das Team des Wünschewagens wieder einmal eine solche Nachricht erhält, von Hospiz-Mitarbeitenden oder von Angehörigen, dann fühlt sich wieder alles gut und richtig an beim Projekt Wünschewagen. Es sagt JA zum Leben – aber eben auch zum Sterben. Beidem gleichberechtigt seinen Platz zu geben, lautet die Herausforderung. •

# Zwischen Sorge und Sekt

Der Versuch, den assistierten Suizid in unsere Fachlichkeit zu integrieren

Am Morgen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, welches das Recht auf einen assistierten Suizid für alle, also wirklich ALLE, nicht nur für unsere hospizlich Begleiteten, dokumentierte, haben wir uns als Team wie häufig bei einem Kaffee im Seminarraum zusammengefunden. Das ging damals noch, vor Corona. Wie wir das finden? „Die Welt wird kälter werden“, sagte eine, das war genau genommen ich. „Wir machen einen Sekt auf“, sagte meine wunderbare Kollegin Dunja. Wir waren und sind immer ein wenig stolz darauf, dass wir den pluralistischen Diskurs schätzen. Wir können ruhig unterschiedlicher Meinung sein. Manchmal geraten wir in Diskussionen, öfter lassen wir sie aus, weil wir unterschiedlicher Meinung sein können, ohne dass die Arbeit beeinträchtigt wird. Dann ist eine Diskussion, die womöglich trennend ausgeht, nicht nötig.

■ Widerspricht die Aufmerksamkeit für diese Frage unserem Anliegen, das Leben bis zuletzt wertzuschätzen und zu schützen?

Diese hier war nötig. Es geht um unsere Arbeit, unsere Haltung, gewissermaßen um unser Markenzeichen als Fachleute für diese Grenzlinie zwischen Leben und Tod.

In den nächsten Monaten haben wir uns – dann unter Coronabedingungen häufig per Zoom – getroffen und diskutiert, unter den Hauptamtlichen, mit dem Vorstand, mit etlichen Gruppen von Ehrenamtlichen, mit dem Team der ambulanten Ethikberatung: Was löst das Thema in uns aus? Widerspricht die Aufmerksamkeit für diese schwere Frage unserem Anliegen, das Leben bis zuletzt wertzuschätzen und zu schützen? Was bedeuten für uns Autonomie und Lebensqualität, wenn es – mit Blick auf die Menschen, die wir so gerne begleiten – kaum generell die materielle körperliche Selbstständigkeit sein kann? Was brauchen wir, um Menschen mit diesem Anliegen wirklich zu akzeptieren?

Die gute Nachricht: Nach und nach haben wir erkannt, dass es egal ist, wie wir persönlich dazu stehen. Wenn – ja, wenn – wir bei unserer Haltung der Absichtslosigkeit bleiben. Ohne Bewertung, ohne Nachbessern-Wollen und Besser-Wissen. Wir scheuen das Thema nicht. Die Menschen, die sich mit ihm melden, sind willkommen. Wir kennen die Antwort nicht. Wir müssen sie auch nicht wissen. Wir dürfen ein kleines Stück mit nach ihr suchen. Wir bleiben innerlich die, die wir sind. Und alle anderen sollen das auch bleiben dürfen, mit ein wenig Unterstützung, wenn es geht, bei einer so dramatischen Entscheidung. Und so tun wir es auch. Einmal kam ein Paar, der Mann hatte ganz frisch eine schwere Krebsdiagnose. Er hatte das Krankenhaus wütend verlassen: Das wolle er nicht mitmachen, die Abhängigkeit, das Leiden. Seine Freundin hielt ihm die Hand. Eine großartige mutige Liebesgeschichte. Und dann fehlten allerdings noch Informationen: Würde eine weitere Diagnostik die Entscheidungen beeinflussen? Welche Angebote hält das Gesundheits- und Pflegesystem bereit? Gibt es noch Wünsche oder wichtige Dinge zu erledigen? Wo ist ein Medikament zu bekommen? Einige Zeit später kam seine Freundin noch einmal allein. Ihr Partner ist trotz vorhandenen Mittels ohne Suizid, gut begleitet, verstorben. Jetzt ging es noch einmal um den gemeinsamen Prozess und um die Trauer, mit der sie nun allein war. Andere unserer Gesprächspartner\*innen haben sich anders entschieden und oft wissen wir es auch nicht. Ein kleines Puzzleteil in der Suchbewegung – wenn wir das sein können: super! •

Das Wichtigste aus den Leitsätzen der hospiz-initiative kiel zur Frage des assistierten Suizids:

- Die Sorge für gute Bedingungen zur Gestaltung des Lebensendes ist eine gesellschaftliche Aufgabe
- Sterbe- und Suizidwünsche sind zulässig
- Offen für Gespräche über Suizidwünsche
- Beratung über Alternativen zum Suizid
- Schutz vor Fremdbestimmung
- Kein Angebot zur Beihilfe
- Begleitung bis zuletzt

**Regina Barthel**

Waitzstraße 17, 24105 Kiel  
0431 22 03 35-0  
barthel@hospiz-initiative-kiel.de  
www.hospiz-initiative-kiel.de

**Annette Peters**

ASB LV Schleswig-Holstein e.V.  
Kieler Straße 20a  
24143 Kiel  
0431 70694 31  
a.peters@asb-sh.de  
www.asb-sh.de

# Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit

Ein multifaktorielles Dilemma

Die Pandemie hat Kitas als Bildungs- und Betreuungsinstitutionen, als Bezugspunkte im Alltag der Kinder in den Fokus gerückt. Waren Kitas zu Beginn der Pandemie noch vorübergehend geschlossen oder nur bestimmten Zielgruppen vorbehalten, wurde ihre Relevanz für die Entwicklung der Kinder, die Unterstützung der Familien, der Arbeitgeber, der Wirtschaft und für die Gesellschaft mit der Zeit immer deutlicher. Die Auswirkungen des eingeschränkten Zugangs zur Kita für Kinder und Familien waren schnell präsent und werden noch lange nachwirken.

Die Kitas selbst arbeiten bis heute unter erschwerten Bedingungen. Dynamische Regelungen und Vorgaben, Verunsicherungen von Sorgeberechtigten und Mitarbeiter\*innen sowie verstärkter Personalausfall bestimmen die Praxis. Schon vor der Pandemie schlugen Träger und Einrichtungen Alarm, weil die benötigten Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr zu finden waren. Wir befinden uns im frühkindlichen Bildungsbereich in einer Abwärtsspirale von Kündigungen, langwieriger Nachbesetzung vakanter Stellen, Überlastung der verbliebenen Fachkräfte, erhöhten Krankenständen und zunehmender Unzufriedenheit.

Doch warum lässt sich dieser Trend nicht durchbrechen? Es ist ein multifaktorielles Dilemma, das seit Jahren bekannt ist, aber bisher nicht mit der notwendigen Entschlossenheit angegangen wurde. In den letzten zwei Jahren hat sich diese Situation noch einmal verschärft. Unbesetzte Stellen wirken sich auf die Bildungsqualität, die Kinder in den Einrichtungen vorfinden, gleichermaßen wie auf die verlässliche Betreuung und ausreichende Versorgung mit Betreuungsplätzen aus, die Eltern benötigen, um einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Ist das sichere Betreuungsnetz nicht mehr vorhanden, wirkt sich der Fachkräftemangel auch auf die Wirtschaft aus, die nicht mehr auf Arbeitnehmer\*innen zugreifen kann.

Diese Problematik kennen wir nicht nur aus dem frühkindlichen Bereich, sondern auch aus der Jugendhilfe und dem gesamten Feld der Sozialen Arbeit. Mit fortschreitendem Ausbau der Betreuungsplätze, wachsenden Unterstützungsbedar-

fen bei Kindern und Jugendlichen sowie dem anstehenden Rechtsanspruch auf Ganztags-schulbetreuung werden kontinuierlich mehr Fachkräfte benötigt, als der Markt vorhält. Dabei fehlt es nicht an punktuellen Projekten, um dem Mangel entgegenzutreten, jedoch an konkreten, durchdachten und langfristig angelegten Aktionsplänen, die nachhaltig die Strukturqualität verbessern, das Arbeitsfeld attraktiver gestalten und die Verweildauer im Beruf erhöhen.

Es fehlt an konkreten, durchdachten und langfristig angelegten Aktionsplänen, die nachhaltig die Strukturqualität verbessern.

Die Problematik speist sich aus den allgemeinen Rahmenbedingungen in der praktischen Arbeit und den Bedingungen in der Aus- und Weiterbildung der sozialpädagogischen Assistent\*innen und Erzieher\*innen. Projekthafte Maßnahmen wie die Teilfinanzierung von PiA-Plätzen helfen partiell, ändern aber nichts an dem Dilemma des langwierigen und unvergüteten Wegs bis zur Ausübung des Berufes.

Vielfältige Überlegungen sind zu einer Reform der Ausbildungen gemacht worden, diese scheiterten jedoch an Zuständigkeiten und der Auswirkung, die eine dreijährige Berufsausbildung für den frühkindlichen Bereich auf den DQR, den Deutschen Qualifikationsrahmen, hätte. Durch den DQR lassen sich Qualifikationen des deutschen Bildungssystems untereinander und länderübergreifend vergleichen. Als berufliche Weiterbildung an einer Fachschule ist der\*die Erzieher\*in in DQR-Niveau 6 eingestuft. Bei einer dreijährigen Berufsausbildung würde das DQR-Niveau sinken. Der vereinfachte Zugang in die Kitas hätte damit Auswirkungen auf die Qualität und die Vergütung der Mitarbeiter\*innen und müsste durch weitere Qualifikations- und Weiterbildungsmaßnahmen begleitet werden. Doch diese seit Jahren bekannte Misere sollte uns nicht weiter davon abbringen, endlich

eine Lösung für die Probleme zu finden. Es geht darum, diese Hürde zu überwinden und kreative, zügig greifende Maßnahmen zu entwickeln. Möchte man die Ausbildung novellieren, anpassen und zukunftsfähig machen, muss diese Initiative vom Bund ausgehen beziehungsweise von dort aus unterstützt werden.

Eine weitere Veränderung im System bilden die Anforderungen, die an die Leitungskräfte gestellt werden. Immer größer werdende Einrichtungen erfordern die Übernahme von Managementaufgaben, auf die keine Qualifizierung vorbereitet. Eine refinanzierte Weiterbildung, die den Personal- und Organisationsführungsaufgaben gerecht wird, würde unterstützend wirken und auf die vielfältigen Herausforderungen vorbereiten.

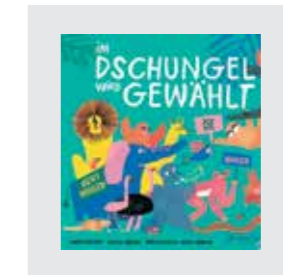
Nachwuchskräfte machen sich zwar in großer Zahl auf den Weg, im frühkindlichen Bereich tätig zu werden, die Arbeitsbedingungen hinsichtlich Arbeitsbelastung, Entlohnung und Aufstiegschancen, die sie vorfinden, sorgen jedoch dafür, dass sie sich für andere Bereiche und Positionen weiterqualifizieren oder in andere Arbeitsfelder abwandern. Gleichzeitig steht ein Generationenwechsel an, viele Arbeitnehmer\*innen gehen in den nächsten Jahren in den Ruhestand.

Junge Auszubildende brauchen neben guten Arbeitsbedingungen auch qualifizierte Anleitungen in den Einrichtungen, um gut im Beruf ankommen und um ihre pädagogische Qualität kontinuierlich weiterentwickeln zu können. Ab einer bestimmten Gruppenanzahl müssen Kitas laut KiTaG SH Praktikumsplätze vorhalten. Momentan stellen die Fachkräfte diese Anleitung ohne Weiterbildung und ohne refinanzierte Anleiterstunden (für Reflexionsgespräche mit Auszubildenden, der Schule, Begleitung und Beobachtung bei pädagogischen Interaktionen etc.) sicher. Konkret bedeutet dies, das im Stellenplan nicht hinterlegt ist, dass ein\*e Anleiter\*in temporär nicht in der Gruppe verfügbar ist und dafür keine Personalstunden hinterlegt sind. Dieses System stützt sich momentan ausschließlich auf die Bereitschaft der Kolleg\*innen, dies aufzufangen, damit die Anleiterqualität nicht aufgrund von Strukturdefiziten leidet.

Die Situation kann sich nur verbessern, wenn endlich auf allen erdenklichen Ebenen kreative Ideen entwickelt werden und die unterschiedlichen Zuständigkeitsbereiche von Ländern und Bund lösungsorientiert und mit Nachdruck in den Blick genommen werden. Wir brauchen einen Aktionsplan, an dem sich alle Akteur\*innen beteiligen. Das Fundament der Sozialen Arbeit weist deutliche Risse auf, das ganze System droht ins Wanken zu geraten. Dem muss nun endlich, auf allen Ebenen, mit der notwendigen politischen Entschlossenheit, begegnet werden. •

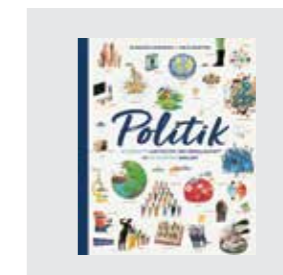
# Buchempfehlungen

Politikbücher für Kinder und Jugendliche



**Im Dschungel wird gewählt**  
Bundeszentrale für politische Bildung, ab 5 Jahren, 1,50 €

Der Löwe mag zwar der König des Dschungels sein, momentan denkt er aber nur an sich selbst. Er hat für sich ein Schwimmbad gebaut. Im Fluss gibt es daher nun kein Wasser mehr. Die anderen Tiere finden: So kann es nicht weitergehen! Sie fordern eine Wahl. Gemeinsam stellen sie demokratische Regeln auf und bereiten die Wahl gut vor. Wen werden die Tiere im Dschungel als neuen Präsidenten oder neue Präsidentin wählen? Das Buch wurde partizipativ mit Kindern entwickelt und eignet sich als Gesprächseinstieg für die Themen Wahlen und Demokratie.



**Politik**  
Eleanor Levenson, Paul Boston, Carlsen Verlag, ab 8 Jahren, 18,00 €

Globalisierung, Wahlen, Steuern, Ökonomie, Rassismus, Kapitalismus, Populisten, Freiheit ... Die Nachrichten stecken voller Begriffe, die nicht nur für Kinder schwer zu entschlüsseln sind. In diesem Buch werden Kindern ab 9 Jahren die 100 wichtigsten Begriffe aus Politik und Gesellschaft klipp und klar erklärt: in jeweils nur 100 Wörtern und einem Bild.



**Die drei, die als Koloniegründer bekannt sind, aber nicht dafür gefeiert werden sollten**  
Hannah Bremer, IDA e.V.

Anders als die Aufarbeitung des Nationalsozialismus findet die Thematisierung der deutschen Kolonialvergangenheit in vielen Bildungskontexten oftmals nur am Rande statt. Der Comic richtet sich vor allem an Jugendliche und ermöglicht einen ersten Zugang zur Thematik. Auch kann er unterstützend in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit eingesetzt werden. Bis zu zehn Exemplare des Readers können bei IDA gegen eine Versandpauschale von 3,00 Euro plus Portokosten bestellt werden.



**Dunja Dahmke**  
0431 56 02 - 37  
dahmke@paritaet-sh.org



**Stephanie Rieger**  
0431 56 02 - 39  
rieger@paritaet-sh.org

# Wenn der Weg zum Ziel wird

Rückblick und Ausblick zur Landtagswahl

Fast fünf Jahre ist es her, dass die Bewohner\*innen des nördlichsten Bundeslandes ihre politische Meinung im Rahmen der Landtagswahl kundgetan haben. Mit einem Anteil von rund 32 Prozent wurde die CDU zur stärksten Partei im Landtag gewählt und bildete unter dem Motto „Das Ziel verbindet“ zum ersten Mal eine Koalition mit FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ziel war unter anderem eine weltoffene Politik, die sich jede\*n in Schleswig-Holstein, unabhängig von Herkunft, Kultur, Religion, Geschlecht und Aussehen, zuhause fühlen lässt. Konkretisiert wurde dieses Vorhaben zum Beispiel durch den Landesaktionsplan gegen Rassismus. Dass fünf Jahre allerdings nicht ausreichen, um alle Ziele in der Praxis zu verwirklichen, steht außer Frage. Deshalb ist es umso wichtiger, einen Blick auf die weiterhin gesellschaftlich bestehenden, aber auch neu dazugekommenen Bedarfe und Herausforderungen zu werfen und diese mit den Zielen der unterschiedlichen Parteien, die zur diesjährigen Landtagswahl antreten, abzugleichen.

Wir fordern, bislang projektgebundene Maßnahmen zu verstetigen, um eine nachhaltige und erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt zu gewährleisten.



**Annika Fuchs**  
0431 23 939 24  
fuchs@paritaet-sh.org



**Krystyna Michalski**  
0431 56 02 – 23  
michalski@paritaet-sh.org

**Migration als Querschnittsthema der Gesellschaft**  
Ein Thema, das sich durch alle Bereiche der Gesellschaft zieht, ist Migration. Um noch mehr auf die Handlungsbedarfe in diesem allgegenwärtigen Kontext aufmerksam zu machen, hat sich in Schleswig-Holstein ein breites Bündnis aus verschiedenen Akteur\*innen der Migrations- und Flüchtlingsarbeit gebildet. Im Rahmen von vier themenspezifischen Veranstaltungen werden Politiker\*innen der demokratischen Parteien zur Rede gestellt: Was wurde versäumt umzusetzen? Wo drückt der Schuh immer noch? Was muss zukünftig passieren?

Die Auftaktveranstaltung hat am 15. März stattgefunden und setzt den thematischen Schwerpunkt auf Antidiskriminierung und Teilhabe. Darauf folgen drei weitere Lobbyveranstaltungen zu den Themen Flüchtlingspolitik, Integration in Bildung & Arbeit und Gesundheitsversorgung.

### Wo der Schuh am meisten drückt

Neben spezifischen Forderungen zu den jeweiligen Themenblöcken fordert das Gesamtbündnis auch grundlegende Änderungen im Bereich Migration und Flucht. So soll das Thema Einwanderung aus dem Innenministerium ausgegliedert und in einem eigenständigen Einwanderungsministerium verortet werden. Außerdem fordert das Bündnis das Land SH auf, sich gegenüber dem Bund für die Abschaffung des menschenunwürdigen Asylbewerberleistungsgesetzes einzusetzen. Darüber hinaus sollen Migrationsfachdienste durch eine regelmäßige Landesförderung verstetigt, soll die Abschiebungshafteinrichtung in Glücksstadt geschlossen und zuletzt ein Landesantidiskriminierungsgesetz beschlossen werden.

### Auch der PARITÄTISCHE SH beteiligt sich am Format und stellt klare Forderungen

Durch das Fachreferat Migration ist der PARITÄTISCHE SH gleich bei zwei Veranstaltungen vertreten: zum einen im Bereich Integration in Bildung und Arbeit durch Annika Fuchs, die das arbeitsmarktliche Netzwerk „Mehr Land in Sicht!“ koordiniert. Zum anderen im Bereich Gesundheitsversorgung durch Krystyna Michalski und paritätische Mitgliedsorganisationen, Refugio Stiftung SH, PSZ – Zentrum für traumatisierte Geflüchtete, Brücke SH, Brücke Lübeck und Ostholstein sowie den Landesverband Lebenshilfe SH, die sich im Rahmen des AMIF-Netzwerks „Aufnahme- und Strukturverbesserungen für Geflüchtete in Schleswig-Holstein“ für Weiterentwicklung der psychosozialen, psychotherapeutischen und gesundheitlichen Versorgung kranker und traumatisierter Geflüchteter einsetzen. Lesen Sie auf der nächsten Seite unsere Forderungen.

### Wir fordern das Land SH im Bereich Integration in Bildung und Arbeit unter anderem auf

- verschiedene, bislang projektgebundene Maßnahmen zu verstetigen, um eine nachhaltige und erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt zu gewährleisten;
- durch den Ausbau und die kostenlose Bereitstellung von stabilen Internetzugängen die Teilnahme an Schul- und Bildungsmaßnahmen für die Zielgruppe der Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung, besonders für Menschen in Wohnunterkünften, zu gewährleisten;
- sich gegenüber dem Bund für die Abschaffung von Arbeitsverboten einzusetzen;
- Menschen, die sich in einer arbeitsmarktvorbereitenden Maßnahme befinden, vor Abschiebungen zu schützen und ihnen eine Ermessensduldung zu erteilen;
- die Potenziale der Menschen, die sich bereits in Deutschland befinden, zu nutzen;
- Vorgriffserlasse bezüglich der §§25a und b AufenthG zu erlassen.

### Im Bereich Gesundheitsversorgung fordern wir unter anderem, dass das Land SH

- Zugang zur Gesundheitsversorgung für Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus schafft;
- eine unabhängige Clearingstelle errichtet, um Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität mögliche Wege zum Erwerb eines Bleiberechts und zur Integration in die gesundheitliche Regelversorgung aufzuzeigen;
- psychosoziale und psychotherapeutische Angebote für traumatisierte geflüchtete Erwachsene und Kinder dauerhaft absichert und ausbaut;
- sich beim Bund (Bundesratsinitiative) für die Streichung der gesetzlichen Vermutung nicht bestehender gesundheitsbedingter Abschiebungshindernisse und der erhöhten Anforderungen an Attest in § 60a) Abs. 2c) sowie § 60 Abs. 7 S. 2 Aufenthaltsgesetz einsetzt;
- sich beim Bund dafür einsetzt, die Kosten für asyl- und aufenthaltsrechtlich notwendige Gutachten nach dem AsylbLG zu übernehmen. •

# Neues aus den Projekten



Das Beratungsnetzwerk Alle an Bord! – Perspektive Arbeitsmarkt für Geflüchtete (PAM) konnte am 26. Januar 2022 den Bescheid über eine Förderung im Rahmen

des Landesprogramms Arbeit bis Ende 2024 entgegennehmen. Das Landesprogramm wird aus Mitteln des „Europäischen Sozialfonds Plus“ und des Landes Schleswig-Holstein kofinanziert, mit 10 Prozent Eigenmitteln bringen sich die Teilprojekträger ein. Mittelempfänger ist der PARITÄTISCHE SH. Das Beratungsnetzwerk unterstützt die Integration von Geflüchteten in Schleswig-Holstein in Arbeit und Ausbildung durch Beratung, Begleitung und Vermittlung sowie über arbeitsmarktbezogene Sprachtrainings in Online- und Präsenzangeboten. Am Netzwerk beteiligt sind unsere Mitgliedsorganisationen UTS e.V. und ZBBS e.V. Im Vorläuferprojekt wurden mehr als 2500 Geflüchtete individuell beraten. 37 Prozent von ihnen wurden in Arbeit, Ausbildung, Studium oder Einstiegsqualifizierung vermittelt und knapp 700 nahmen an den arbeitsmarktbezogenen Sprachtrainings des Netzwerks teil.



Die Beratungsarbeit des Schwesternnetzwerkes Mehr Land in Sicht! geht bis zum 30. September 2022 aus Restmitteln des ESF Bund finanziert in die Verlängerung.

Es gilt nun, mit einem Neuantrag die bisher erfolgreiche Beratungsstruktur für Geflüchtete in ganz Schleswig-Holstein ab Oktober 2022 sicherzustellen. Von Juli 2015 bis Dezember 2021 wurden über 4500 Menschen durch Mehr Land in Sicht! beraten. Davon wurden rund 50 Prozent der Teilnehmenden in Arbeit, Ausbildung oder Praktikum vermittelt. Außerdem erreichte das Teilprojekt Arbeitsmarktservice des Vereins UTS e.V. durch die Informationsveranstaltungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen seit Mitte 2019 bereits 660 Geflüchtete, die somit über die Integration in Arbeitsmarkt, Schule und Ausbildung informiert wurden. •



**Annika Fuchs**  
0431 23 939 24  
fuchs@paritaet-sh.org



**Tabea von Riegen**  
0431 56 02 – 77  
vonriegen@paritaet-sh.org

## Mach dich SCHLAU und hilf damit anderen!

Zu der Frage „Wie viele Menschen in Deutschland sind eigentlich queer?“ gibt es verschiedenste Untersuchungen. Die Ergebnisse pendeln stets zwischen 4–8 Prozent was sehr davon abhängt, wo wer wann und wie befragt wurde. Für den Alltag an Schulen heißt das, dass in einer durchschnittlichen Schulklasse eine oder zwei queere Personen sitzen. Diese Erfahrung kann ich bestätigen, denn ich war der\*die queere Jugendliche in meiner Klasse – und ich fühlte mich damit ziemlich allein.

Denke ich darüber nach, was mir damals geholfen hätte, komme ich zu dem Schluss, dass es eine Sichtbarkeit der Community und somit auch sichtbare Bezugspersonen und Vorbilder gewesen wären. Gerne hätte ich erfahren, wie sich das anfühlt, geoutet zu sein, in einer Beziehung zu leben, und wie das Umfeld reagiert.

Es hätte mir zudem geholfen, wenn meine Klasse mehr über queere Inhalte gelernt hätte und ich nicht ständig alles selbst hätte erklären müssen.

Das Bildungs- und Antidiskriminierungsprojekt SCHLAU möchte sich genau dieser Bedarfe annehmen, indem wir Workshops an Schulen anbieten. Mit pädagogischen Methoden und einem Fokus auf biografische Arbeit klären wir auf niedrigschwellige Art rund um geschlechtliche Identität und sexuelle Vielfalt auf. Dabei sprechen wir auch über Lebenswirklichkeiten, das eigene Coming-out, Diskriminierungserfahrungen sowie Vorurteile und Rollenbilder.

Dazu sind wir auf ehrenamtliche Mitarbeit von queeren Menschen zwischen 16 und 27 Jahren angewiesen und laden herzlich dazu ein, Teil eines unserer Teams in Kiel, Lübeck oder Flensburg zu werden. •

---

### Tristan Bielfeld

SCHLAU Landeskoordination  
info@schlau-sh.de  
www.schlau-sh.de  
0176 559 678 55

## Ess-O-Ess für Essstörungen!

Anorexie, Bulimie oder Binge-Eating: Essstörungen sind ein gesamtgesellschaftliches Problem und ein zielgruppenübergreifendes Querschnittsthema Sozialer Arbeit. Während der Pandemie stieg sowohl die Anzahl der Rückfälle in eine Essstörung als auch der Einstieg signifikant an, wie eine Studie der Universität Tübingen und eine Pressemitteilung der Helios-Kliniken zeigen. Essstörungen sind jedoch kein Phänomen, das ausschließlich auf Corona zurückzuführen wäre. Die Lockdowns erschwerten den Zugang zu Versorgungsangeboten nur zusätzlich.

Die Beratungsstelle Ess-O-Ess in Kiel wird als einzige spezialisierte Einrichtung über das Land gefördert, die Fördersumme hat sich seit den 1990er Jahren kaum verändert. „Die Nachfrage steigt bei uns seit den 1990ern steil an“, sagt Eva-Maria Koller, Geschäftsführerin der Beratungsstelle. „Unsere Warteliste ist sehr lang und wir sind gezwungen, nach Dringlichkeit der Anfragen zu entscheiden. Wenn jemand täglich erbricht oder einen gesundheitsgefährdenden BMI hat, dann müssen wir reagieren. Viele unserer Klient\*innen verbergen ihre Erkrankung lange Zeit und kommen erst, wenn sie ihren Alltag nicht mehr bewältigen können. Auch begleiten wir Klient\*innen, die keine Therapie mehr bewilligt bekommen und alleingelassen werden.“

Für Ess-O-Ess und Betroffene ist dies eine dramatische Situation, da die personellen Ressourcen vollkommen unzureichend sind. „Der Einstieg hat sich durch die virtuelle Welt stark verändert. Die Übergänge vom Wunsch, ein paar Kilo abzunehmen, bis zur Entwicklung einer Essstörung sind oft fließend und bleiben lange Zeit unbemerkt. Eltern und Fachkräfte rufen alarmiert an und wünschen sich rasche Unterstützung oder Fachveranstaltungen, was wir aufgrund der mangelhaften Förderung nicht leisten können. Frühzeitiges Auffangen und wirksame Prävention sind so nicht möglich. Für unsere Berater\*innen ist die Situation sehr belastend.“ Der Bedarf steigt seit Jahrzehnten kontinuierlich, steht jedoch einem unzureichenden Beratungsangebot gegenüber. Auch für Angehörige gibt es kaum Unterstützungsangebote. Das Land ist dringend aufgefordert, hier mit einer bedarfsgerechten Förderung nachzubessern. •



---

### Ivy Wollandt

0431 56 02 – 64  
wollandt@paritaet-sh.org

## Engagement

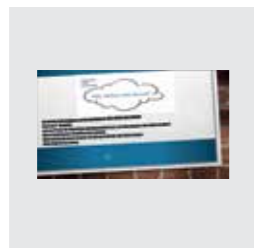
Die Mitarbeiter\*innen von ZEBRA beraten Betroffene, Angehörige und Zeug\*innen von rassistischen, antisemitischen und anderen rechten Angriffen.



# Was junge Freiwilligendienstleistende politisch bewegt

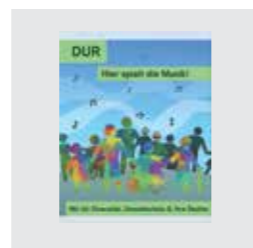
Parteigründungen bei einem Planspiel

In was für einer Gesellschaft möchte ich leben? Inwiefern kann ich durch mein Handeln Einfluss auf politische Entwicklungen nehmen? Die Generation der jungen Freiwilligendienstleistenden ist nicht nur politisch interessiert, sie möchte auch politische Handlungsspielräume nutzen. Während ihres Zwischenseminars hat sich die Gruppe 2 im Rahmen eines Planspiels mit Schwerpunktthemen der anstehenden Landtagswahlen beschäftigt. Sie diskutierte Forderungen, handelte Schwerpunktthemen aus und gründete schließlich fiktive Parteien. Dabei standen vor allem die Themen Klimawandel, Bildung, Mobilität, Digitalisierung und Sozialpolitik im Vordergrund. Folgende Skizzen für kurze Wahlprogramme der fiktiven Parteien sind dabei entstanden:



## Progressive Partei Deutschland (PPD)

Die PPD setzt in der Zukunft auf mehr E-Mobilität und faire Preise für den öffentlichen Nahverkehr. Außerdem möchte sie die Sicherheit im Straßenverkehr erhöhen. Die Mehrkosten sowie die Investitionen in mehr Forschung auf dem Gebiet der E-Mobilität sollen durch eine Reform des Pfandsystems gedeckt werden. Die Coronapandemie hat die Schwachstellen in unserem Gesundheitssystem aufgezeigt und muss überarbeitet werden. Gerade mit den Pflegekräften möchte sich die PPD solidarisieren und sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, zum Beispiel mehr Gehalt, stark machen, denn von Klatschen allein kommt kein Essen auf den Tisch!



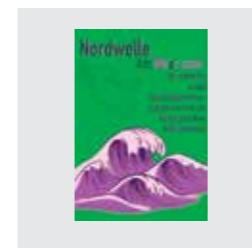
## DUR – Wir für Diversität, Umweltschutz und Ihre Rechte

Die DUR setzt auf mehr Gleichberechtigung und Gleichbehandlung in der Gesellschaft, denn jeder Mensch verdient gleiche Rechte! Damit dieser Grundsatz in der gesamten Gesellschaft ankommt, muss Aufklärung angeboten werden. Die Schulen sollen im Bereich der Digitalisierung schneller und hochwertiger ausgebaut werden, um die Schüler\*innen in ihrer schulischen Laufbahn optimal unterstützen zu können. Die sozialen Berufe müssen für junge Menschen attraktiver und lohnender werden, damit dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden kann. Für die DUR gehören neben der besseren Vergütung der Ausbildung auch bezahlbare Fortbildungen und Vergünstigungen im öffentlichen Nahverkehr dazu. Für Menschen, die bereits im sozialen Bereich tätig sind, sollen geregelte Arbeitszeiten mit mehr Urlaubstagen eingeführt werden. Im Bereich Umwelt und Tierschutz möchte die DUR unter anderem der Wegwerfgesellschaft bei Lebensmitteln entgegenwirken und ein Konzept aus Dänemark nach Deutschland holen. In „Wefood“-Läden werden Lebensmittel, deren Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten ist, zum halben Preis angeboten, anstatt sie zu entsorgen, wodurch dem Wegwerfen von noch genießbaren Lebensmitteln entgegengewirkt wird und zudem weniger Müll entsteht.



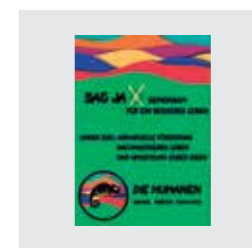
## Unsere Demokratische Partei (UDP)

Ähnliche Ziele hat Unsere Demokratische Partei (UDP) – Weil wir EINS sind. Die Partei ist EINS beim Thema Gleichberechtigung aller Menschen in allen Lebensbereichen und möchte sich aktiv für den Frieden in der Welt einsetzen. Die UDP setzt sich gegen Altersarmut ein und möchte nicht das Rentenalter, sondern die Rentenbeträge heraufsetzen. Gleichzeitig soll eine Mietpreislöscher eingeführt werden, um für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Die Finanzierung dieser Themen erfolgt durch höhere Kraftstoffpreise für Autos, was gleichzeitig die Attraktivität von E-Autos erhöht. Das Geld soll laut der UDP lieber in systemrelevante Berufe fließen und soziale Einrichtungen müssen besser ausgestattet werden.



## Die Nordwelle – Am Mee(h)r sein

Die Nordwelle steht für soziale Gerechtigkeit, Klima- und Agrarschutz und ein gerechtes Bildungssystem. Konkret steckt hinter dem Slogan die Förderung der Windenergie und von regionalen Kleinbauernhöfen. Landwirt\*innen sollen auch mit kleinen Höfen wieder rentabel wirtschaften können. Im Bereich Bildung macht sich die Partei für einen Eignungstest von Lehrkräften stark. Damit einhergehend sollen Fortbildungen zum Thema Digitalisierung verpflichtend sein, damit Lehrkräfte moderne Methoden kennen und die Qualität des Unterrichts steigt. Die meisten Forderungen finden sich im Sozialen und umfassen eine Verbesserung der Pflegeberufe, etwa durch eine Erhöhung von Mindestlohn oder Rente. Für Freiwillige, Schüler\*innen, Studierende und Auszubildende soll der ÖPNV kostenlos sein. Die finanziellen Mittel werden aus einer Vermögenssteuer für große Unternehmen generiert.



## Die Humanen

Die Humanen sind ebenfalls für eine Eignungsprüfung von Lehrkräften. Das System Schule wird neu gedacht und in Pflicht beziehungsweise Wahlfächeraufgeteilt. Dabei sollen die Wahlfächer den größeren Anteil bilden und so eine individuellere auf Interessen basierende Förderung der Schüler\*innen ermöglichen. Die Vorbereitung auf das spätere Leben soll im Fokus liegen und daher zum Beispiel lehren, wie Bafög beantragt oder Versicherungen abgeschlossen beziehungsweise Verträge gelesen werden. Fleischprodukte, die nicht knapp am Mindesthaltbarkeitsdatum sind, sollen von Rabattaktionen ausgenommen und die Standards der Tierhaltung verbessert werden. Erneuerbare Energien sollen in Forschung und Ausbau gefördert werden. Diese Förderung schließt auch private Anlagen sowie Vergünstigungen für eine nachhaltige Lebensweise ein. Die Seminargruppe kam zu der Erkenntnis, dass es gar nicht so einfach ist, sich auf bestimmte Ziele zu einigen sowie die Realisierung dieser Ziele zu planen, und entwickelte ein Gefühl dafür, wie komplex politische Entscheidungen sein können. Über alle Parteien hinweg zeigt sich ein Interesse am Umwelt- und Klimaschutz durch die Förderung von E-Mobilität und erneuerbaren Energien. Außerdem wird die Steigerung der Attraktivität sozialer Berufe als wichtig erachtet, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. •



Eike Hendrik Schweiger

0431 56 02 – 47

schweiger@paritaet-sh.org

# Triage auf dem Prüfstand

Zwischen Weihnachten und Neujahr war das Thema der Triage im Zusammenhang mit Corona und Menschen mit einer Behinderung in den Medien zu vernehmen und eine der Topnachrichten.

Der Begriff der Triage kommt aus der Notfall- und Katastrophenmedizin. Triage bedeutet in dem Fall einer Katastrophe, dass sich Ärzt\*innen und Rettungsdienst einen schnellen Überblick verschaffen, um einzuordnen, wer am schnellsten oder dringendsten versorgt werden muss. Der Gesetzgeber muss an dieser Stelle die Menschen mit Behinderung schützen.

Es gab mehrere Menschen mit Handicap, die eine Verfassungsbeschwerde eingebracht hatten, dass der Gesetzgeber das Benachteiligungsverbot aus Art. 3 Abs. 3 Satz 2 Grundgesetz und auch die Anforderungen aus Artikel 25 der UN-Behindertenrechtskonvention verletze, da er im Laufe der Coronapandemie Triageparameter erstellt hat, die eine Benachteiligung von Menschen mit Behinderung zur Folge hätten. Alter, Grunderkrankung und Behinderung dürfen keine Rolle bei einer Triage spielen, sagen die Ärzt\*innen. Das Bundesverfassungsgericht hat den Bundestag aufgefordert Regelungen für eine Triage festzulegen, die Menschen mit Behinderung in dieser Angelegenheit angemessen schützen. Menschen mit Beeinträchtigungen und Vorerkrankungen sind jedoch spezifisch gefährdet. Diejenigen, die in einer besonderen Wohnform wie in einer Wohngemeinschaft leben und auf die Hilfe anderer angewiesen sind, tragen ein erhöhtes Risiko, schwer zu erkranken, sollten sie sich mit dem Coronavirus anstecken.

Der Gesetzgeber muss für die Zukunft der Menschen mit Handicap eine Sicherheit schaffen. Diese Debatte sollte nun im Bundestag und auch an anderen Stellen geführt werden. •

## EUTB GPS

Gesellschaft für Paritätische Soziale Dienste  
Schleswig

Alexander Markl  
Lollfuß 48, 24837 Schleswig  
04621 42 777 80  
eutb-sl@paritaet-sh.org  
www.paritaet-sh.org/projekte/eutb.html



# Rett-Syndrom Elternhilfe LV Nord e.V.

Das Rett-Syndrom ist eine genetisch verursachte neurologische Erkrankung mit der Folge von erheblichen körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen sowie dem teilweisen oder meistens sogar vollständigen Verlust der erworbenen Sprachfähigkeit. Betroffen sind fast ausschließlich Mädchen bei einer Häufigkeit von 1:10.000 Geburten. Es handelt sich also um ein äußerst seltenes Krankheitsbild, welches in vier Stadien verläuft. Näheres dazu erfahren Sie auf unserer Webseite [www.rett-syndrom-elternhilfe.de](http://www.rett-syndrom-elternhilfe.de).

Wir, die Rett-Syndrom Elternhilfe – Landesverband Nord e.V. sind ein eingetragener Verein mit über 100 Mitgliedern. In unserem Verein finden betroffene Familien und interessierte Mitmenschen eine Plattform für Themen rund um das Leben mit der Behinderung unserer Töchter. An unseren vereinsinternen Veranstaltungen können alle Familien- und Fördermitglieder teilnehmen. Wir bieten zeit- und ortsnahe Hilfestellungen und ein umfangreiches Programm für Austauschmöglichkeiten. Unsere Mitglieder werden regelmäßig mit aktuellen Informationen rund um das Rett-Syndrom versorgt und neue Familien durch Patenschaften von der ersten Diagnose an begleitet. Durch organisierte Fortbildungen und Fachvorträge für Therapeut\*innen, Erzieher\*innen, Lehrer\*innen sowie Betreuer\*innen stehen wir auch Vereinsexternen zur Verfügung, die mit Menschen mit dem Rett-Syndrom im Kontakt stehen.

Für unsere Familien und auch für die Geschwisterkinder organisieren wir Freizeiten und Ausflüge, damit sie ihrem Alltag auch mal entfliehen können, zum Beispiel unser Familienwochenende mit Seminartag im Frühjahr. Durch unsere Arbeit machen wir die Erkrankung Rett-Syndrom einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich und schaffen dadurch auch eine größere gesellschaftliche Akzeptanz für die Belange von Menschen mit Behinderung. •

## Gabriele Jasper

Geschäftsstelle Rett-Syndrom Elternhilfe  
Landesverband Nord e.V.  
Warnstedtstraße 70a, 22525 Hamburg  
040 6092 – 10 24  
g.jasper@rett-syndrom-elternhilfe.de

# Landesweite Engagementstrategie – Quo vadis?

Das letzte Jahr der Landesweiten Engagementstrategie Schleswig-Holstein hat begonnen, über eine etwaige Fortführung wird erst nach der Landtagswahl entschieden. Die aktuelle Strategie beinhaltet fünf Felder:

Im ersten Feld werden *Impulse für Engagement* gesetzt. Hierbei werden durch regionale Engagementkonferenzen engagierte Akteur\*innen direkt angesprochen. Durch die hauptamtliche Koordination der LAG der Freiwilligenagenturen werden engagementunterstützende Strukturen in Schleswig-Holstein vernetzt. Das Landesweite Kompetenzzentrum Engagement im PARITÄTISCHEN SH sowie die Volkshochschulen bieten Beratungs- und Fortbildungsformate für kommunale Engagementförderung. Im zweiten Feld steht die Förderung von *Engagementstrukturen im kommunalen Raum*. Mittels einer Förderrichtlinie haben Kommunen Stellen geschaffen, um eine positive Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und öffentlichen Akteur\*innen zu gestalten. Die *Weiterentwicklung bestehender engagementfördernder und anerkennender Instrumente* füllt das dritte Feld. Im Mittelpunkt stehen Informationsangebote und Anerkennungsformate für engagierte Menschen. Im vierten Feld sollen durch *interministerielle Workshops* ressorteigene Engagementstrukturen und ressortübergreifende Schnittstellen identifiziert und zielgruppenspezifische Ansätze gefunden werden. Das fünfte Feld soll mit einer Imagekampagne und einem verstärkten Auftritt in den sozialen Medien die *sichtbare Präsenz* von Engagement erhöhen und will so die Anerkennungskultur stärken und für Engagement werben.

Das Kompetenzzentrum Engagement setzt sich für eine Fortführung der Engagementstrategie unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus den ersten Jahren ein. Ein Anliegen ist, auf Landesebene aktuelle Entwicklungen im Engagement systematisch zu thematisieren und in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen sowie Interessensvertretungen strategische Handlungsansätze zu erarbeiten. Zu einer Förderung von Engagement gehört dabei auch, es vor Instrumentalisierung und Ausbeutung zu schützen. Im Bereich der Sozialen

Arbeit sind hier insbesondere die Wohlfahrtsverbände gefordert. Zivilgesellschaftliches Engagement darf nicht zur Universallösung gesellschaftlicher Herausforderungen und staatlicher beziehungsweise subsidiärer Aufgaben werden und durch Monetarisierung die Prekarisierung Sozialer Arbeit noch verstärken. Strukturelle Ausgrenzung sollte im zivilgesellschaftlichen Engagement durch diskriminierungssensible und inklusive Rahmenbedingungen aufgebrochen werden, und demokratiefördernde und beteiligende Strukturen müssen umfassender etabliert werden.

■ Nichts ist so beständig wie der Wandel – auch im Engagement!

Die Entwicklung engagementfördernder Strukturen in Organisationen und der kommunalen Verwaltung braucht die Perspektiven und Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen. Unsere Erfahrungen zeigen, dass eine Rollen- und Aufgabenklarheit in der Unterstützung von Engagement die Grundlage einer strategisch ausgerichteten Arbeit ist. Professionelle Engagementunterstützung wird häufig als Anlaufstelle für Anliegen oder Probleme gedacht, sofern die Stelle hinreichend bekannt ist. Sie muss unserer Meinung aber weit mehr sein, nämlich im Bewusstsein unterschiedlicher Handlungslogiken von Verwaltung und Engagierten sensibel agieren. Dabei sollte sie aktiv an einer beteiligungermöglichenden Ausrichtung der Ebenen arbeiten, mit denen Engagierte in Berührung kommen.

Jenseits von Vereinen brauchen professionelle Unterstützungsstellen für Engagement Planungssicherheit und Handlungsoptionen, Ergebnisse aus Beteiligungsprozessen und aktuellen Entwicklungen umzusetzen. Nichts ist so beständig wie der Wandel – auch im Engagement! Das muss im Rahmen einer Engagementstrategie dauerhaft mitgedacht und verankert werden. •



Tobias Hoffmann  
0431 56 02 – 44  
hoffmann@paritaet-sh.org

# Rechte Angriffe gegen soziales Engagement

Beratungsstelle ZEBRA bietet Unterstützung

Eine Initiative unterstützt in einer Kleinstadt Geflüchtete und solidarisiert sich auch öffentlich wahrnehmbar. Plakate werden mit rechten Symbolen beschmiert, ein Türschloss wird immer wieder beschädigt und die ehrenamtliche Flüchtlingsbeauftragte wird in Chatgruppen angefeindet. Die Flüchtlingsbeauftragte ist durch den Hass, der ihr entgegenschlägt, in einem Maße belastet, dass sie sich gezwungen sieht, ihr Engagement zunächst einzustellen.

Anderer Fall, anderer Ort: In einer sozialen Einrichtung hängt an einem Fenster ein Poster mit der Aufschrift „Kein Ort für Neonazis“. Immer wieder werden an das Fenster Aufkleber geklebt und Parolen geschmiert. Zudem wird das Fenster zerkratzt und es werden Gegenstände dagegen geworfen. Die Mitarbeiter\*innen fühlen sich an ihrem Arbeitsplatz unsicher. Jedes Mal, wenn sie zur Arbeit kommen, fragen sie sich: „Was ist diesmal wieder passiert?“

Rechte Angriffe sind auch in Schleswig-Holstein keine Seltenheit. Im Jahr 2020 konnte die Beratungsstelle für Betroffene von rechten Angriffen ZEBRA in ihrem Monitoring 79 rechte Gewalttaten feststellen. Die Dunkelziffer dürfte noch deutlich darüber liegen. Dazu kommen alltägliche Angriffe wie Bedrohungen oder kleinere Sachbeschädigungen.

■ Es spielt keine Rolle, ob die Betroffenen sich selbst oder ihre Arbeit als politisch verstehen, denn rechte Angriffe geschehen aufgrund von Zuschreibungen der Täter\*innen zu den Betroffenen.

Auch Sozialarbeiter\*innen und ehrenamtlich Engagierte werden immer wieder Ziel von rechten Angriffen, da sie sich für Menschen einsetzen, die nicht in ein rechtes Weltbild passen, seien es Geflüchtete und Migrant\*innen, Menschen der LSBTIQ\*-Community, Menschen mit Behinderungen, Wohnungslose oder nicht

rechte Jugendliche. Durch die Arbeit mit diesen Menschen werden sie von Rechten als politische Gegner\*innen angesehen und angegriffen. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Betroffenen sich selbst oder ihre Arbeit als politisch verstehen, denn rechte Angriffe geschehen aufgrund von Zuschreibungen der Täter\*innen zu den Betroffenen.

Seit 2015 berät ZEBRA Betroffene, Angehörige und Zeug\*innen von rechten, rassistischen und antisemitischen Angriffen in Schleswig-Holstein und wird aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben“ und Landesmitteln finanziert. Rechte Angriffe können sich dabei in physischer Gewalt ausdrücken, wie im Falle von Körperverletzungen, Tötungsdelikten oder entsprechenden Versuchen. Hinzu kommen Delikte wie Brandstiftungen, massive gezielte Sachbeschädigungen, Bedrohungen oder Nötigungen. Gerade Bedrohungen können dabei auch im digitalen Raum stattfinden.

Das Ziel von ZEBRA: Die Betroffenen sollen bei der Biografisierung des Erlebten, der Verarbeitung des Angriffs und der Bewältigung der Angriffsfolgen unterstützt werden. Ihre Interessen und Bedürfnisse stehen im Mittelpunkt. Im Rahmen der Beratung werden die persönlichen Verarbeitungs- und Bewältigungsressourcen der Betroffenen genutzt, um bestehende Ängste und Unsicherheiten zu verarbeiten, Selbstklärung zu erfahren und Krisen zu bewältigen. Auch bei weiteren Schritten wie Gängen zur Polizei, zu Gerichtsterminen, Ämtern und Behörden kann ZEBRA die Betroffenen begleiten und unterstützen. Hinzu kommt, dass ZEBRA Betroffene bei der Selbstartikulation unterstützt, um dadurch einen Solidarisierungsprozess in der Gesellschaft anzustoßen. Denn bei der Auseinandersetzung mit rechten Angriffen herrscht häufig eine starke Fokussierung auf die Perspektive der Täter\*innen, während die Betroffenen vergessen werden.

Betroffene von rechten Angriffen können sich telefonisch oder per Mail an ZEBRA wenden oder die Onlineberatung nutzen. Weitere Infos auf [www.zebraev.de](http://www.zebraev.de). •

# Forderungen der Selbsthilfe an die Landespolitik

Organisationen, Gruppen und Kontaktstellen wünschen sich mehr Sichtbarkeit

Die letzten zwei Jahre haben in allen gesellschaftlichen Bereichen sowohl die Kompetenzen als auch strukturelle Defizite aufgezeigt. Deutlich ist geworden, dass die Menschen in der Selbsthilfe viele Kompetenzen haben. Ebenfalls deutlich wurde aber auch, dass sich die Selbsthilfe im starken Maße allein um Aufbau und Erhalt ihrer Strukturen kümmern muss, um lebenswichtige Unterstützungsangebote aufrechtzuerhalten. Von staatlicher Seite ist die Selbsthilfe bis auf wenige Ausnahmen unberücksichtigt geblieben.

■ Es braucht eine verbindliche Struktur auf landespolitischer Ebene, um die Arbeit der Selbsthilfe sichtbar zu machen, die Perspektive der Selbsthilfe in gesundheits- und sozialpolitischen Belangen mitzudenken und einzubringen.

Gesellschaft, Politik und das medizinische System nutzen die Leistungen und konstruktive Wirkung der gemeinschaftlichen Selbsthilfe für Menschen ohne öffentliche Anerkennung und Förderung dessen, was geleistet wird. Damit fehlt es nicht nur an Wertschätzung. Die Kompetenzen der Expert\*innen in eigener Sache bleiben unbeachtet. Es braucht öffentliche Reputation, um das vollständige Bild der Selbsthilfe zu vermitteln und den Akteur\*innen den Rücken zu stärken. Es fehlt an der Wahrnehmung der Selbsthilfe als zivilgesellschaftlicher Akteurin sowie an der verbindlichen Einbindung in gesundheits- und sozialpolitische Entscheidungsprozesse auf landes- und kommunalpolitischer Ebene. Zudem fehlt es an Strukturförderung, um die Arbeit der vielen ehren- und hauptamtlichen Menschen zu unterstützen, damit sie den gesellschaftlichen Entwicklungen entsprechend weiter ihren Beitrag leisten können. Es braucht Unterstützung für die Arbeits-

strukturen durch Entlastung von Bürokratie, Qualifizierung zu Themen wie Datenschutz und Förderung der Digitalisierung in der Selbsthilfe. Das Sozial- und Gesundheitswesen vom Staat bis in die Dörfer benötigt die Selbsthilfe als verlässliche Unterstützungsstruktur. Der Verweis auf Selbsthilfegruppen, -organisationen und Kontaktstellen wird tagtäglich Menschen gegeben, wenn die eigenen Kapazitäten für Beratung oder die Versorgungsstrukturen von Medizin und Sozialer Arbeit nicht ausreichen. Beratung und Orientierung im Gesundheitssystem sowie begleitende Stabilisierung des Genesungs- oder Anpassungsprozesses sind wichtige Leistungen der Selbsthilfe. Soziale Selbsthilfe leistet einen wesentlichen Beitrag zur Förderung einer offenen und friedlichen Gesellschaft. Vielfach wird den Akteur\*innen ein hohes Engagement abgefordert, um die Unterstützungsangebote realisieren zu können. Die mangelnde Gleichwertigkeit in den Beziehungen mit den Verantwortlichen im gesundheits- und sozialpolitischen System lässt Synergien ungenutzt.

Die Akteur\*innen der Selbsthilfe gestalten die medizinische und soziale Versorgung des Landes mit. In ihrer Arbeit werden die Bedarfe der Selbsthilfe allerdings nicht gesehen. Es braucht eine verbindliche Struktur auf landespolitischer Ebene, um die Arbeit der Selbsthilfe sichtbar zu machen, die Perspektive der Selbsthilfe in gesundheits- und sozialpolitischen Belangen mitzudenken und einzubringen. Es braucht eine institutionalisierte Verankerung, die die verschiedenen Ebenen und die Vielfalt der Selbsthilfe mit ihren jeweiligen Belangen erfasst und in den Austausch bringt. Selbsthilfe als Querschnittsthema muss in den landespolitischen Entscheidungen berücksichtigt zu werden. Selbsthilfe ist viel mehr als der oft belächelte Stuhlkreis und die Bedürftigkeit von Menschen mit Herausforderungen: Selbsthilfe stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch das Leben von Toleranz, Vielfalt, und Solidarität. Sie fördert unser demokratisches Miteinander und wirkt ins Gemeinwesen. Erlebbar wird die Selbsthilfe in der Woche der Selbsthilfe vom 3. bis 11. September. •



**Birgitt Uhlen-Blucha**

0431 56 02 – 33  
[uhlen-blucha@paritaet-sh.org](mailto:uhlen-blucha@paritaet-sh.org)

mit  
Heike Norda, SchmerzLos,  
Susanne Jahn, KIBIS RD,  
Andreas Heutmann, DMSG,  
Jürgen Langemeyer,  
Schlaganfallring,  
Rainer Büßelmann, ILCO

**ZEBRA – Zentrum für Betroffene rechter Angriffe**  
Eckernförder Straße 87  
24116 Kiel  
0431 301 403 79  
[info@zebraev.de](mailto:info@zebraev.de)



An dieser Stelle stellen wir Ihnen spannende Projekte aus unserer Mitgliedschaft vor und geben Tipps zu Projektfinanzierungen. In diesem Monat berichtet Andreas Heitmann, Geschäftsführer der DMSG, über das Projekt Ehrenamt – Neue Wege gehen.



## Welches Projekt konnten Sie mit der Aktion-MENSCH-Förderung starten und wann hat es begonnen?

Unser Projekt Ehrenamt – Neue Wege gehen startete am 01. März.2019.

## Was war der Anstoß für das Projekt?

Das Ehrenamt hat sich seit der Vereinsgründung 1982 stark verändert. Während früher oft eine langzeitliche Verpflichtung übernommen wurde, spielt heute die zeitliche Ausgestaltung der Tätigkeit anhand der Lebensumstände der Einzelnen eine große Rolle. Befristete und zeitlich überschaubare Tätigkeiten werden bevorzugt. Heute werden flache Hierarchien und Selbstbestimmung präferiert, ebenso, dass es keine Anbindung gibt, sondern dass man in seinem ehrenamtlichen Engagement flexibel handeln kann.

Die Nutzung neuer Medien und das Kommunikationsverhalten haben sich ebenfalls verändert. Dem wollen wir Rechnung tragen und ermöglichen, dass diese für das Ehrenamt sinnvoll eingesetzt werden können. Wir möchten gern Menschen die Chance geben, auch unter diesen neuen Anforderungen ehrenamtlich für die DMSG tätig sein zu können, und freuen uns auf frische Ideen (z.B. Nutzung der sozialen Medien in der täglichen Praxis, neue ehrenamtliche Aktivitätsformen) und damit neues Engagement.

## Welche Beratung haben Sie bei der Antragstellung in Anspruch genommen?

Die Beratung des Paritätischen SH durch Volker Behm. Hierbei ging es sowohl um die inhaltliche Ausgestaltung des Projekts als auch Finanzierungsfragen. Wir sind nicht sicher, ob der Antrag ohne Beratung Erfolg gehabt hätte. •

### Andreas Heitmann

Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft, Landesverband SH e.V.  
Beselerallee 67, 24105 Kiel  
0431 56015-13  
heitmann@dmsg-sh.de  
www.dmsg-sh.de

## Fördermöglichkeiten im Klimaschutz und der Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen und Wohlfahrtsverbänden

Mit neuen Förderschwerpunkten ist in diesem Jahr die novellierte „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten im kommunalen Umfeld“ in Kraft getreten. Erstmals sind jetzt auch Sozial- und Wohlfahrtsverbände, deren Einrichtungen und Untergliederungen antragsberechtigt. Die Richtlinie ist bundesweit gültig. Programmlaufzeit und Einreichungsfristen: 1. Jan. 2022 bis 31. Dez. 2027.

Für Sozial- und Wohlfahrtsverbände, deren Einrichtungen und Untergliederungen ist insbesondere der Förderbereich „Strategische Klimaschutzmaßnahmen“ interessant, der gemäß Förderrichtlinie eine ganze Reihe möglicher Maßnahmen umfasst. Die Förderquoten bewegen sich je nach strategischem Förderschwerpunkt zwischen 40 und 70 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben.

Orientierung und Förderberatung erfolgen durch das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK). Für Antragsberatung und -begleitung steht die Projektträgerin, die Zukunft-Umwelt-Gesellschaft (ZUG) GmbH, zur Verfügung. Detailinformationen sind der Website zum Förderprogramm zu entnehmen:  
<https://www.klimaschutz.de/de/foerderung/foerderprogramme/kommunalrichtlinie>.

## Aktionsprogramm Aufholen nach Corona:

### „AUF!leben – Zukunft ist jetzt“

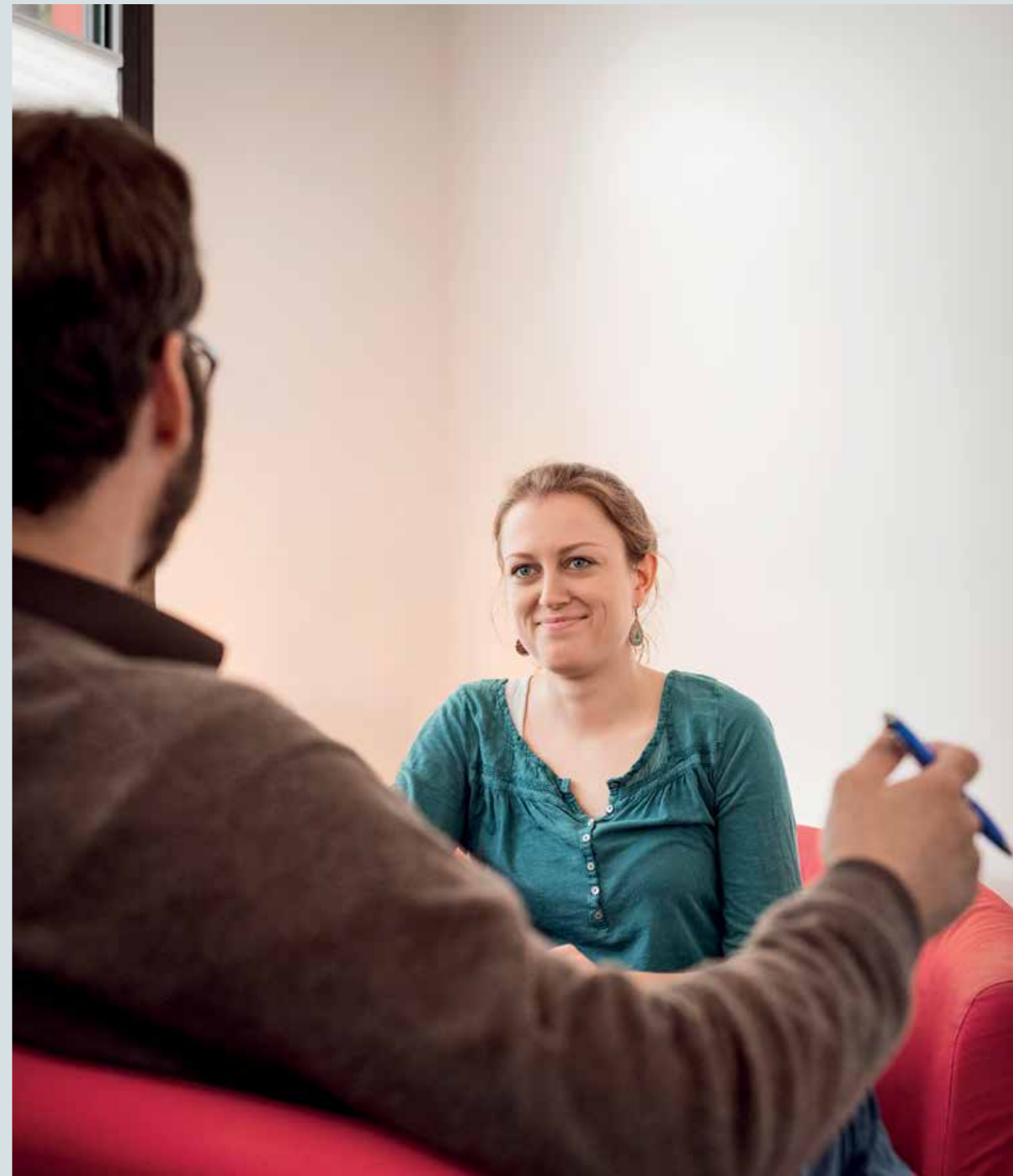
Die mit der Umsetzung des Bundesprogramms „AUF!leben – Zukunft ist jetzt“ beauftragte Deutsche Kinder- und Jugendstiftung GmbH informiert darüber, dass bereits 4165 AUF!leben-Projekte für insgesamt 230.640 Kinder und Jugendliche aus ganz Deutschland bewilligt wurden; „Egal, ob beim Musik- und Theatermachen, bei der traumapädagogischen Arbeit oder beim Mentoring: AUF!leben unterstützt Kinder und Jugendliche in ganz Deutschland, die Folgen der Pandemie zu bewältigen und zurück in den Alltag zu finden. Dabei stehen Erholung, Neues erleben und Lernen außerhalb des Unterrichts im Mittelpunkt.“

Alle Details zu dem Programm finden Sie auf der Website:  
<https://www.auf-leben.org/>. •



### Volker Behm

0431 56 02 – 58  
behm@paritaet-sh.org



Neben Sozialberatung bietet das Studentenwerk SH auch psychologische Beratung an. Landesweit stehen mehrere Psycholog\*innen Studierenden zur Seite.

# „Die Sollbruchstelle liegt in der Gesamtstruktur der Sozialwirtschaft“

Boy Büttner sprach mit Björn Schmitz, Experte für Organisationsentwicklung, über Digital Leadership, Innovationen und systemisches Denken in sozialen Organisationen.

**BB | Herr Schmitz, in den vergangenen Jahren haben Sie mit vielen Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN SH an den Themen Digitalisierung, Innovation und Leadership gearbeitet. Mit etwas Abstand: Was sind die größten Baustellen gemeinnütziger Organisationen in Bezug auf Digitalthemen?**

**BS |** Zum Glück kommt zum Einstieg erstmal eine einfache Frage (*lacht*). Nun, hier gibt es in meinen Augen eine Reihe von Themen. Da ist zunächst die oftmals starke Fragmentierung in der Softwarelandschaft. Viele Träger haben eine Reihe von Softwaresystemen, die aber teilweise nicht „miteinander sprechen“. Hier braucht es eine Bereinigung. Mit diesem Thema kämpfen allerdings auch Organisationen in der freien Wirtschaft. Die Folge sind Doppeldatenbestände und Übertragungsfehler. Es ist oft müßig, die relevanten Daten übersichtlich und strukturiert aus den Systemen zu bekommen. Ich kenne einige Organisationen, die seit der Einführung von Software weiterhin Papierprozesse „betreiben“ – als Sicherheit, falls die Daten in den Systemen falsch sind. Was für ein Doppelaufwand! Hier ist sicherlich Besserung in Sicht, aber gerade für kleinere Träger ist die Anschaffung von performanter Software oft nicht zu stemmen oder eben ein Investitionsrisiko. Und vor dem Aufwand eines Softwarewechsels scheuen ebenso viele zurück.

Anschließend an die unzureichenden Softwarelandschaften sind auch der Umgang und die Auswertung von Daten noch in den Kinderschuhen. Es gibt eine große und oft auch berechtigte Scheu vor Formen der Datensammlung. Allerdings werden genau hier die Anknüpfungspunkte für morgen liegen.

**Können Sie Beispiele nennen?**

Es bestünde ein enormes Potenzial für personenzentriertes Arbeiten darin, wenn die Bedarfe von Klient\*innen und Kund\*innen prädiktiv ermittelt würden und daraus entsprechend

innovative Dienstleistungsangebote abgeleitet werden könnten. Ebenso werden wir auch Software benötigen, die möglichst automatisiert Fragen der Wirkungsmessung beantworten kann und uns Vorschläge zur Verbesserung der Dienstleistungsqualität macht. Für viele mag das wohl eher eine gruselige Vorstellung sein, weil man sich in der Sozialen Arbeit dem Menschen zuwenden will. Aber genau das soll ja auch nicht wegfallen. Vielmehr soll hier Software genau dabei unterstützen.

Eine andere Baustelle ist auch weiterhin der Kompetenzaufbau im Umgang mit der implementierten Software. Jemand in der Sozialen Arbeit ist in der Regel nicht der *natural match* mit Softwaresystemen. Hier braucht es immense Investitionen in bedarfsorientierte Schulungen von Mitarbeitenden.

■ Kostenträger und Geldgeber sind auf Risikominimierung, Sicherheit und Planung bedacht. Das fördert nicht gerade ein mutiges Ausprobieren.

Und dann fehlt mir in gemeinnützigen Organisationen in vielen Fällen ein systematisches Innovationsmanagement. Innovationen finden schon statt, mir fehlt aber das methodisch-systematische Grundgerüst, um die Wahrscheinlichkeit von passgenauen Lösungen zu erhöhen. Alles steht und fällt letztlich damit, dass man hinterfragt, welche Handlungsprinzipien und Denkweisen in einer komplex-dynamischen und digitalen Welt nötig sind. Hier braucht es mehr mutiges Ausprobieren und Testen und weniger analytisches Planen. Viele sprechen von einem agil-digitalen Mindset. Doch Analyse, Planung und Kontrolle der Umsetzungsplanung sind die typischen Handlungsmuster von vielen Menschen. So haben wir es jahrelang gelernt und anerzogen bekommen. Und die vorherrschenden Bedingungen begünstigen auch noch analytisch-planerisches Vorgehen. Die Sollbruchstelle liegt in meinen Augen vor allem

in der Gesamtstruktur der Sozialwirtschaft; Stichwort Wohlfahrtsdreieck. Kostenträger und Geldgeber sind auf Risikominimierung, Sicherheit und Planung bedacht. Das fördert nicht gerade ein mutiges Ausprobieren – und damit auch nicht die Innovationsfähigkeit gemeinnütziger Organisationen.

**Und was läuft gut? Was haben gemeinnützige Organisationen der Wirtschaft voraus?**

Der Vorteil in gemeinnützigen Organisationen ist, dass bei ihnen in der Regel schon viel systemisches Denken vorhanden ist. Systemisches Denken hat viel mit agilem Denken zu tun. Und Agilität und Selbstorganisationskräfte sind wichtig für ein gutes Zusammenspiel in Organisationen, die sich in komplex-dynamischen Kontexten bewegen. Ein weiteres Plus bei gemeinnützigen Organisationen ist in meinen Augen auch, dass in der Regel ein hohes und natürliches Maß an Empathiefähigkeit vorhanden ist. Bei aller Digitalisierung gilt es doch auch, eines nicht zu vergessen: Empathie ist eine der Schlüsselkompetenzen für jetzt und die Zukunft! Beides hat gemeinnützigen Organisationen in der Vergangenheit geholfen, mit Widrigkeiten umzugehen, und darauf können sie auch weiterhin aufbauen.

■ Empathie ist eine der Schlüsselkompetenzen für jetzt und die Zukunft!

**Im Januar haben Sie gemeinsam mit Mitgliedsorganisationen zum Thema Digital Leadership gearbeitet – was genau ist damit gemeint?**

Digital Leadership ist mehr eine Ausrichtung und Perspektivenverschiebung von Führung als ein eigener Führungsstil. Es geht darum, die neuen Voraussetzungen, die durch die Digitalisierung entstehen, wie zunehmende Vernetzung, höhere Daten- und Informationsdichte, veränderte Kundenerwartungen und eine Zunahme von Transparenz, aktiv anzunehmen, digitale Kompetenzen zu entwickeln sowie

Innovation und damit systematisches Innovationsmanagement in der Organisation voranzutreiben. Digital Leadership ist daher nicht zu verwechseln mit virtueller Führung, da kursieren nämlich aktuell ganz unterschiedliche Begriffsverwendungen.

Im Kontrast zu klassischer Führung, die oftmals viel auf Regeln und Anweisungen setzt, ist Digital Leadership auf Befähigung von Teams zur Innovationsgestaltung aus. Digital Leader sind ungeduldig, drängeln und wollen mutig Neues ausprobieren.

**In welcher Hinsicht sollten sich gemeinnützige Organisationen künftig unbedingt weiterentwickeln?**

Der wichtigste Schritt ist meines Erachtens, dass sich gemeinnützige Organisationen so aufstellen, dass mehr Teamautonomie möglich ist, eine Haltung gefördert wird, die Personenzentrierung noch stärker in den Mittelpunkt stellt und stark an der Lernkultur gearbeitet wird. Bezüglich des Themas Feedback sehe ich noch starke Defizite. Eine Feedback- und Lernkultur, sowie ein konstruktiver Umgang mit Fehlern sind Voraussetzung dafür, dass überhaupt Mut zum Ausprobieren und zur Verantwortungsübernahme entstehen.

**Sie haben mit Philomondo viele Materialien im Angebot – gibt es unter den Methoden und Materialien einen besonderen Renner?**

Unsere Materialien sollen insgesamt dabei helfen, dass in Entwicklungsprozesse mehr methodische Struktur reinkommt, etwa über die Arbeit mit Postern und Leinwänden. Und auch dabei, dass eine höhere Methodenvielfalt in Teamprozesse Einzug hält. Die Renner sind daher unsere Methodenboxen: zum einen das Methodenset TeamPlays, in dem unsere Kernmethoden für die Entwicklung von selbstorganisierten Teams versammelt sind; und zum anderen unsere Methodenbox MeetingPlays. Hierin finden sich die wesentlichen Konzepte und Methoden für bessere Besprechungen. In der Verbesserung von Besprechungen liegt ein ungeheures Potenzial bezüglich Zeit, Ergebnissen und Motivation von Mitarbeitenden. Dies brach liegen zu lassen, ist nahezu fahrlässig. •



**Björn Schmitz**

Laubichl 32  
5452 Pfarrwerfen (A)  
(D) 0151 218 00 858  
(A) 0664 127 45 89  
bjoern.schmitz@philiomondo.de  
www.philiomondo.de



**Boy Büttner**

0431 56 02 – 43  
buettner@paritaet-sh.org

# Mit Fortbildungen gesetzliche Vorgaben leicht umsetzen

Ein Schwerpunkt unseres neuen Fortbildungsprogramms liegt auf der Weiterführung der von uns im letzten Jahr entwickelten Fortbildungen und Kooperationen. Großes Thema war und ist die Entwicklung des QM-Systems KiQuiP für unsere paritätischen Kitas. Dieses System ist ein „Erfolgsschlager“ – es ermöglicht, paritätische Werte niedrigschwellig in qualitätsvolle Arbeit umzusetzen. Speziell für unsere Verbandskitas entwickelt, dockt es leicht an die bestehende Alltagspraxis an – aber auch viele Kommunen haben schon daran Interesse gezeigt.

Folgende Zertifikatsausbildungen im Bereich **Qualitätsbeauftragte\*r in Kitas und Einführung in das neue QM-System des Paritätischen SH** in jeweils fünf Modulen sind 2022 geplant:  
Kurs 1: 20.09. bis 21.02.23 (Paritätische Kitas)  
Kurs 2: 25.10.22 bis 28.03.23 (Kommunale Kitas)  
Weitere Kurse sind bereits in Planung!

Weiterhin haben wir die Kooperation zum Thema Arbeitsschutz ausgebaut. Neben der BGW haben wir nun PariSERVE an unserer Seite. Wir haben die Möglichkeit geschaffen, in Schleswig-Holstein die vorhandene Fachkompetenz für unseren Verband einzubinden und werden diese auch in Angeboten für unser Mitgliedsorganisationen ausbauen.  
Ziel ist es, Sie mit zeitsparenden Fortbildungen dabei zu unterstützen, auch den Arbeitsschutz kostengünstig, leichtgängig und systematisch im Arbeitsalltag umsetzen zu können. Dazu haben wir folgende Angebote für Sie entwickelt, die auch eine längerfristige Unterstützung für die Etablierung umfassen:

**Als Führungskraft die Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung kompetent meistern**  
03.05.22, von 9:00 bis 16:00 Uhr  
**Als Führungskraft Arbeitssicherheit und Gesundheit kompetent organisieren**  
23.08.22, von 13:30 bis 17:00 Uhr; 24.08.22 und 01.11.22, von 9:00 bis 17:00 Uhr  
**Qualitätszirkel**  
31.05.2022, 08.09.2022 und 23.11.22, jeweils von 9:00 bis 11:00 Uhr

Schauen Sie auf unsere Webseite – und entdecken Sie auch weitere Veranstaltungen, durch die Sie gesetzliche Vorgaben leicht umsetzen können! Gerne ist auch Lisa Krater (veranstaltungen@paritaet-sh.org, 0431 5602 – 73) bereit, Ihre Fragen zu beantworten. •

## Impfen schützt – Eine Initiative und Gewinnaktion der BGW mit Dr. Eckart von Hirschhausen

Menschen in Gesundheitsberufen haben ein besonders hohes Risiko, sich mit dem Coronavirus zu infizieren. Die Impfpflicht für Gesundheitseinrichtungen, die ab dem 16. März 2022 greift, fordert die Unternehmen zusätzlich heraus. Zusammen mit Dr. Eckart von Hirschhausen unterstützt die BGW deswegen auf beiden Ebenen:

- mit einer telefonischen Beratung für Beschäftigte mit Impfung;
- und mit einem Video-Krisencoaching für Führungskräfte.

Zusätzlich werden wichtige Informationen im Audioformat aufbereitet. Im BGW-Podcast „Herzschlag“ äußert sich Dr. Eckart von Hirschhausen zu den Themen Pandemie und Impfung.

## Gewinnaktion

Für Betriebe, die die gesetzliche Impfpflicht erfüllen und damit einen wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung der gesundheitlichen Versorgung leisten, gibt es außerdem drei attraktive Preise zu gewinnen: die Teilnahme von Dr. Eckart von Hirschhausen an ihrem Gesundheitstag, Workshops aus dem Programm seiner Stiftung „Humor hilft heilen“ sowie eine Imagefilmproduktion mit einem Hirschhausen-Intro. Teilnehmen kann auch, wer die 100-Prozent-Impfquote nicht ganz erreicht, aber nah dran ist. Weitere Informationen gibt es auf der Website: <https://www.bgw-online.de/bgw-online-de/coronanavigationsebene/impfen-schuetzt-mich-dich-alle-64832>. •



**Monika Kalnins**  
0431 56 02 – 14  
kalnins@paritaet-sh.org

# Einfach per E-Learning

## Arbeitsschutz-, Brandschutz- und Hygieneunterweisungen

Gesetzlichen Vorgaben nachkommen – rechtsicher, pragmatisch und zeitgemäß für die Sozialwirtschaft. Das bieten die neuen E-Learning-Angebote von PariSERVE. Ob Arbeitsschutz, Brandschutz oder Hygiene – in den Kursen erhalten Mitarbeitende sozialer Einrichtungen das erforderliche Wissen für die praktische Arbeit, inklusive Teilnahmezertifikat.

## Kompromisslos flexibel

Die Vorteile des E-Learning liegen auf der Hand: 24/7, ohne zeitlichen oder organisatorischen Vorlauf sind die Kurse von überall erreichbar und durchführbar. Es entstehen für die soziale Einrichtung keine Extrakosten, beispielsweise für Dozierende, Reise, Unterbringung und Verpflegung. Die Inhalte sind immer verfügbar und können bei Bedarf wiederholt abgerufen werden – eine hohe Flexibilität für Nutzer\*innen und soziale Organisation gleichermaßen.

## Rechtssicher und fachlich geprüft

Auf die Qualität kommt es an. Die Inhalte der E-Learning-Angebote von PariSERVE sind rechtssicher und fachlich geprüft. Soziale Einrichtungen, die das E-Learning von PariSERVE nutzen, können sichergehen, dass die Themen faktenbasiert und auf den Punkt gebracht sind.

## Die E-Learning-Vorteile von PariSERVE auf einen Blick

- rechtssicher und fachlich geprüft
- inklusive Teilnehmerzertifikat
- leicht verständlich
- bedarfsorientiert
- unterteilt in Lernabschnitte
- mit Lernkontrollen

PariSERVE bietet für Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Sonderkonditionen. •

## Reno Steller

Leitung Vertrieb  
0431 537 38 – 20  
r.steller@pariserve.de  
www.pariserve.de

# Fortbildungen der Selbsthilfe-Akademie

## April 2022

### Junge Selbsthilfe meets Selbsthilfe-Akademie

Fr, 22. April, online

### Moderation von Online-Treffen von Selbsthilfegruppen

Fr, 29. April, 15:00–18:30 Uhr, online

## Mai 2022

### Recht für Selbsthilfegruppen

Do, 12. Mai, 16:00–18:30 Uhr, online

## Juni 2022

### Mit Worten Brücken bauen

#### – Gewaltfreie Kommunikation

#### Teil 1: Mich selbst klären und aufrichtig ausdrücken

Sa, 11. Juni, 9:30–16:00 Uhr, Pinneberg

#### Teil 2: Dir empathisch zuhören und antworten

Sa, 10. September, 9:30–16:00 Uhr, Pinneberg

## September 2022

### Gründung einer Selbsthilfegruppe

Mo, 26. September, 16:00–19:00 Uhr, Kiel

## Woche der Selbsthilfe

3.–11. September

Sie sind herzlich eingeladen, sich mit Ihrer Selbsthilfegruppe, Selbsthilfegruppe oder Selbsthilfe-Kontaktstelle zu beteiligen. Neben einem bundesweiten Veranstaltungskalender werden auch für Schleswig-Holstein zahlreiche Veranstaltungen geplant.

## „Schreiben tut gut – schreiben macht Mut!“ Eine Mitmach-Initiative für alle

Die Coronazeit war und ist nicht einfach. Helfen wir uns gegenseitig! Schreiben Sie uns, denn schreiben tut gut. Und lesen auch. Vor allem, wenn wir voneinander lesen. Mehr unter: [www.selbsthilfe-akademie-sh.de/schreiben-tut-gut](http://www.selbsthilfe-akademie-sh.de/schreiben-tut-gut)



**Selbsthilfe-Akademie Schleswig-Holstein**  
im PARITÄTISCHEN SH  
Zum Brook 4  
24143 Kiel  
0431 56 02 – 93  
[www.selbsthilfe-akademie-sh.de](http://www.selbsthilfe-akademie-sh.de)

## Projektpartner



**Birgitt Uhlen-Blucha**  
0431 56 02 – 33  
uhlen-blucha@paritaet-sh.org



**Tobias Hoffmann**  
0431 56 02 – 44  
hoffmann@paritaet-sh.org

# Neuigkeiten aus dem Verband

## Neue Mitgliedsorganisationen

### Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration (gfi) proCare gGmbH

Einsteinstraße 1, 24118 Kiel  
Telefon 0431 80096 40 | Telefax 0431 80096 56  
kiel@gfiprocure.de  
www.gfiprocure.de

### Kinderbetreuung Streifenenten-Club e.V

Bürgermeister-Bombeck-Str. 1, 22851 Norderstedt/Glashütte  
Telefon 040 325981670 | Telefax 040 325981675  
wittmoor@streifenenten-club.de  
www.streifenenten-club.de

### Lichtblick Verein für körper- und mehrfach-behinderte Menschen Neumünster e.V.

Mühlenhof 24, 24534 Neumünster  
Telefon 04321 9011653  
info@lichtblick-neumuenster.de  
www.lichtblick-neumuenster.de

### Rasselbande e.V

Schulstraße 3, 23818 Neuengörs  
Telefon 04550 1098  
leitung@KiTa-Ngs.com  
www.kiga-ng.de

## Neue Mitarbeiter\*innen



### Carolin Bach

Bildungsreferat Freiwilligendienste  
c.bach@paritaet-sh.org



### Hendrick Kohnert

Fachreferat Altenhilfe und Pflege  
kohnert@paritaet-sh.org



### Arne Frisch

Fachreferat Zivilgesellschaftliches Engagement  
a.frisch@paritaet-sh.org



### Ilka Kurz

Sachbearbeitung | Verwaltung  
i.kurz@paritaet-sh.org



### Hanna Fuchs

Fachreferat Zivilgesellschaftliches Engagement  
h.fuchs@paritaet-sh.org



### Elisa Sievers

Bildungsreferat Freiwilligendienste  
e.sievers@paritaet-sh.org



# SINN STIFTEN. WERTE SCHÜTZEN.

## Ihr Versicherungsmakler für die Mitgliedsorganisationen und Einrichtungen unter dem Dach des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e. V.

Wir analysieren den individuellen Absicherungsbedarf Ihrer Einrichtung, kaufen den dafür notwendigen Versicherungsschutz zu besten Bedingungen ein und sind auch an Ihrer Seite, wenn ein Schaden eingetreten ist.

Partner des PARITÄTISCHEN Schleswig-Holstein

- ✓ Versicherungs- und Risikoberatung
- ✓ Versicherungseinkauf
- ✓ Vertragsbetreuung

UNION Versicherungsdienst GmbH  
Paul-Stritter-Weg 7  
22297 Hamburg  
[www.union-paritaet.de](http://www.union-paritaet.de)

**Ihre Ansprechpartner**  
Alexander Knarr  
Telefon +49 40 238883-63  
alexander.knarr@union-paritaet.de

Daniel Fahrenkamp  
Telefon +49 40 238883-64  
daniel.fahrenkamp@union-paritaet.de



Ein Unternehmen  
des PARITÄTISCHEN



**PariSERVE**

Dienstleistungen für  
soziale Organisationen



**Jetzt neu!**

**E-Learning-  
Unterweisungen in  
Arbeitsschutz  
Brandschutz  
Hygiene**

## E-Learning für die Sozialwirtschaft

rechtssicher · pragmatisch · zeitgemäß

### Das PariSERVE E-Learning

- rechtssicher und fachlich geprüft
- bedarfsorientiert
- leicht verständlich
- unterteilt in Lernabschnitte
- intuitive Bedienung
- mit Lernerfolgskontrollen
- inklusive Teilnahmezertifikat
- 24/7 von überall erreichbar
- planungssicher
- wenig Organisationsaufwand

### Sonderkonditionen für

Mitgliedsorganisationen im PARITÄTISCHEN

T 0431 5 37 38-0

[akademie@pariserve.de](mailto:akademie@pariserve.de)

[www.pariserve.de](http://www.pariserve.de)